AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 8 | 7. MAI 2021 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

1. Mai: Heuer liessen sich die Gewerkschaften die Strasse nicht nehmen. Seiten 10–11

Kanton um Kanton:

Kurs auf Mindestlohn

Und auch in der EU und den USA tut sich was.

Seiten 2, 5, 8 und 9

FOTOS: KEYSTONE (2) / UNIA / ZVG

Ohne Polen keine Spargeln

Die Schweizer Spargeln spriessen. Ohne osteuropäische Arbeiter kämen sie nicht aus dem Boden. Seite 5

Heiraten oder nicht?

Der grosse work-Ratgeber. Seiten 14–15

Der etwas andere Chef

Feriengeld, Weihnachtsgeld und Teslas: Armin Zeder bietet seinen Mitarbeitenden einiges. Mit der Skandalfirma DPD will er nicht mehr geschäften. Seite 3

workedito
Marie-Josée Kuhn

WENDEZEIT

US-Präsident Joe Biden ist gar kein Sleepy Joe. +++ Die EU findet Mindestlöhne plötzlich richtig und wichtig. +++ Und endlich dämmert es der Schweiz, dass Impfstoffpolitik Industriepolitik ist. Wenn das nicht kleine Wenden sind! Vielleicht sogar eine grosse Wende?

WASHINGTON DC. *Nach nur 100 Tagen im Amt ist klar: Wir sollten Joe Biden nicht unterschätzen. Der neue Mann im Oval Office gibt ganz schön Gas. Er will «Arbeit belohnen, nicht Reichtum». Er hat ein billionenschweres Investitionsprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft zusammengestellt. Es ist der grösste Plan für Beschäftigung seit dem Zweiten Weltkrieg. Biden will die Konzernsteuern erhöhen und die Steueroasen trockenlegen. Biden will die Medikamentenpreise drücken und den ökologischen Umbau vorantreiben. Er will die häusliche Gewalt gegen Frauen bekämpfen, und er will die gewerkschaftliche Organisation gesetzlich schützen (siehe Artikel rechts). Das sind ganz neue Töne aus Washington DC. Erfreuliche Töne!*

BRÜSSEL. *Noch vor fünf Jahren zwang die EU die Länder des Südens mit tödlichen Sparprogrammen in die Knie, liess die Löhne einfrieren, erhöhte das Rentenalter und plagte die Arbeitslosen. Doch dann wurde sie von Glasnost ergriffen und sah: Nur ein soziales Europa würde auch ein überlebensfähiges Europa sein. Jetzt will die EU die gesetzlichen Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten markant anheben. Das sind ganz neue Töne aus Brüssel. Erfreuliche Töne! Der Mindestlohn-Experte Thorsten Schulten nennt es ein «Anzeichen für eine fundamentale Wende in der EU-Arbeitspolitik» (Seite 9). Und noch besser: In Sachen Mindestlöhne bewegt sich auch die Schweiz (Seite 8).*

VISP VS. *Einst hatte die Schweiz ein eigenes, stolzes Impfinstitut. Es lieferte Impfstoffe in die ganze Welt. Doch dann, als es wirtschaftlich taumelte, liess es FDP-Gesundheitsminister Pascal Couchepin schnöde fallen. Seither ist die Schweiz bei den Impfstoffen von internationalen Pharmamultis abhängig. Bei den Preisen und bei den Lieferfristen. Auch jetzt, beim Corona-Impfstoff. In Visp bei der Lonza wird derzeit zwar massiv in die Produktion investiert. Von der US-Firma Moderna, die ihr Serum im Wallis produzieren lässt. Das sind erfreuliche Töne aus Visp! Doch die Schweizer Regierung hat dazu wenig bis nichts zu sagen. Dies, obwohl Lonza-Chef Albert Baehny das Gegenteil behauptet (Seite 13). Doch immerhin führt die Abhängigkeit von Moderna & Co. dazu, dass wir seit Jahrzehnten erstmals wieder über Industriepolitik nachdenken. Das ist höchste Zeit! Oder wie es die Gewerkschaften am 1. Mai sagten: «Zeit für eine soziale Wende!» (Seiten 10–11).*

Starke Rede von US-Präsident Joe Biden

Sleepy Joe nicht unterschätzen!

Nach nur 100 Tagen im Amt steht fest: US-Präsident Joe Biden lässt Worten Taten folgen.

RALPH HUG

ARBEIT BELOHNEN: Wird Joe Biden der gewerkschaftsfreundlichste US-Präsident seit Franklin D. Roosevelt – oder noch gewerkschaftsfreundlicher? Im Bild rechts: Vizepräsidentin Kamala Harris. FOTO: GETTY

Am ersten Tag im Amt feuerte US-Präsident Joe Biden gleich ein paar Leute. Unter anderen den Chef der nationalen Arbeitsbehörde (National Labor Relations Board), Peter Robb. Er war ein Gewerkschaftshasser und von Donald Trump eingesetzt worden. Und er tat alles, um die gewerkschaftliche Organisierung der Abeitnehmenden in den USA zu behindern.

Jetzt hat der Wind gedreht. Bereits ist die Rede davon, dass kein US-Präsident so gewerkschaftsfreundlich gewesen sei wie Biden. Nicht einmal Franklin D. Roosevelt. Dieser hatte in den 1930er Jahren die USA mit Investitionen aus der Depression geführt und unter anderem einen Mindestlohn eingeführt. Demokrat Biden geht jetzt weiter. Das zeigte seine starke Rede zu den ersten 100 Tagen im Amt.

Impfen: Biden hatte 100 Millionen Corona-Impfungen in 100 Tagen versprochen: «Geliefert haben wir 220 Millionen Covid-Impfungen in 100 Tagen. Als ich meinen Amtseid abgelegt habe, waren weniger als ein Prozent der älteren Menschen geimpft. 100 Tage später sind fast 70 Prozent der älteren Bevölkerung vollständig geschützt.»

Arbeit: Biden hat ein billionenschweres Investitionsprogramm zur Ankurbelung der krisengeschüttelten Wirtschaft zusammengestellt, den American Rescue Plan. Plus einen Plan zur Schaffung von Arbeitsplätzen, den American Jobs Plan. Es ist der grösste Plan für Beschäftigung seit dem Zweiten Weltkrieg.

Ökologischer Umbau: «Wenn ich an den Klimawandel denke, denke ich an Arbeitsplätze», so Biden. Er will Arbeitsplätze für Ingenieure und Bauarbeiter schaffen, die energieeffiziente Gebäude und Häuser bauen. Und Elektriker sollen entlang den Autobahnen 500 000 Ladestationen für Elektroautos installieren. Biden: «Es gibt keinen Grund, warum die Vereinigten Staaten bei der Elektrofahrzeug- und Batterieproduktion nicht weltweit führend sein sollten.»

Steuern: Biden will «Arbeit belohnen, nicht Reichtum». Dazu will er sowohl die Steuern für die Reichen als auch die Konzernsteuern weltweit wieder erhöhen. Also die Steueroasen austrocknen (work berichtete: **rebrand.ly/Steuerdumping).**

Durch eine Förderung der Arbeit gegen das Kapital und der Arbeitnehmenden gegen die Konzernmacht hofft Biden auf eine stabilere US-Gesellschaft. Revolutionär ist das alles nicht. Aber Biden leitet soeben eine wirkliche politische Wende ein. Nach Jahrzehnten der Entmachtung will er die Position der Lohnabhängigen endlich wieder stärken. Auch mit einem Gesetz, das die gewerkschaftliche Organisierung schützt. Der Kongress hat den sogenannten «Protect the Right to Organize Act» bereits gutgeheissen. Doch die Republikaner versuchen ihn im Senat zu blockieren.

VON WEGEN FARBLOS

Biden scheut sich auch nicht, öffentlich die Beschäftigten von Alabama in ihrem Kampf um eine betriebliche Vertretung im Onlinekonzern Amazon zu unterstützen. Vor zwei Wochen rief er zudem im Weissen Haus eine Taskforce ins Leben. Sie wird von einer Gewerkschafterin präsidiert und soll Massnahmen vorlegen, wie sich Bundesangestellte besser organisieren könnten. Nur 28 Prozent sind Mitglied einer Gewerkschaft. In der US-Privatwirtschaft ist der Anteil der gewerkschaftlich Organisierten gar auf magere 6 Prozent gesunken. Eine Folge von antigewerkschaftlichen Gesetzen, die republikanische Gouverneure in den letzten Jahren in vielen Bundesstaaten durchgesetzt haben.

Ausserdem will Biden den nationalen Mindestlohn auf 15 Dollar pro Stunde erhöhen. Wie dies eine Volksbewegung seit Jahren fordert. Da dies bis jetzt nicht gelang, sucht er nun die geballte Wirtschaftsmacht der öffentlichen Hand zu nutzen: Wer Aufträge aus seinen Investitionsprogrammen will, muss diesen Minimallohn einhalten. Oder geht leer aus. In Washington sind sich viele einig: Der zuvor als farblos titulierte Biden hat auf unspektakuläre, aber schlaue Weise bereits mehr für die Arbeitnehmenden im Land getan als alle seine demokratischen Vorgänger mit grosser Rhetorik. Trump hatte den 78jährigen Rivalen im Wahlkampf noch als «Sleepy Joe» (schläfrigen Joe) verhöhnt. Jetzt sind es die Rechten, die sich über «Turbo Joe» und seine arbeitnehmerfreundliche Politik die Augen reiben.

Biden leitet eine politische Wende ein.

Migros-Aktionstag: Unia verlangt bessere Arbeitsbedingungen

Einfach kein gutes Leben

Der neue Slogan der Migros-Werbung heisst «Einfach gut leben». Die Mitarbeitenden würden das auch gerne.

MICHAEL STÖTZEL

FERTIG KOSMETIK! Unia-Aktionen im Verteilzentrum Neuendorf SO, in der Migros Neuenburg, bei Le Shop in Bussigny VD. FOTOS: UNIA

Vielleicht war die Migros ja überrascht vom Aktionstag der Unia am 28. April: Vor 50 Filialen des orangen Riesen verteilten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter Flugblätter und Handcrème mit dem Slogan «Wir wollen mehr als kosmetische Verbesserungen». Sie wurden dabei kaum behindert, für einmal pochte der Konzern nicht auf sein Hausrecht und rief nicht die Polizei.

HÖHERE LÖHNE. Als Kosmetik betrachtet die Gewerkschaft eine einmalige «Coronaprämie» von bis zu 500 Franken, die die Migros ihren Mitarbeitenden ausbezahlt hat. Sie soll ein Ausgleich für das Ansteckungsrisiko sein, das diese getragen haben und immer noch tragen, um die Grundversorgung der Kundschaft zu garantieren.

Der Unia reicht das bei weitem nicht. Sie fordert höhere Löhne und einen Gesamtarbeitsvertrag, dem alle rund 99 000 Mitarbeitenden unterstellt sind. Kurzarbeitende sollen weiter ihren vollen Lohn erhalten. Es sollen keine weiteren Arbeitsplätze ausgelagert werden und soll keine betriebsbedingten Kündigungen mehr geben.

CORONA-GEWINNLERIN. Im Kern soll die Migros also die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurücknehmen, die sie in den letzten Jahren, besonders aber seit Ausbruch der Pandemie, verordnet hat. So haben die Regionalgenossenschaften im letzten Jahr insgesamt 1500 Jobs gestrichen und damit den Arbeitsdruck weiter erhöht. Der GAV-Abdeckungsgrad fiel im letzten Jahrzehnt von 80 auf 62 Prozent. Und die Lohnerhöhungen – individuell zwischen 0 und 0,5 Prozent – sind die schäbigsten im ganzen Lebensmittelbereich.

Diese Einsparungen auf dem Rücken der Angestellten trugen dazu bei, dass der Konzerngewinn erstmals seit fünf Jahren wieder deutlich stieg. Ganz ohne die ausserordentlichen Erlöse aus dem Verkauf des Globus und des Glattzentrums machte das Unternehmen einen Gewinn von 555 Millionen Franken, ein Zuwachs um sechs Prozent. Allein die Supermärkte erwirtschafteten sogar sieben Prozent mehr. Und als Mehrheitsbesitzerin der grössten Schweizer Oninehändlerin Digitec Galaxus gehört die Migros auch noch zu den Corona-Gewinnlerinnen.

So geht das: Die einen bezahlen für das gute Leben der anderen.

Schluss mit DPD bei der Nosag in Dintikon AG

Armin Zeder, der etwas andere Chef

Feriengeld, Weihnachtsgeld, Teslas: Armin Zeder bietet seinen Mitarbeitenden viel. Und mit der Skandalfirma DPD will er nicht mehr geschäften.

CHRISTIAN EGG

Ob Haltegriffe, Hocker für die Dusche oder ein WC mit Liftfunktion: die Firma Nosag im aargauischen Dintikon beliefert Spitäler und Altersheime mit Hilfsmitteln fürs Badezimmer. Bisher versandte sie ihre Produkte mit dem Päcklidienst DPD. Doch dann las Firmenchef und -inhaber Armin Zeder das work.

Und erfuhr, unter welchen Bedingungen die Fahrerinnen und Fahrer im Auftrag von DPD chrampfen müssen. Nämlich regelmässig zwölf und mehr Stunden am Tag, davon ein Grossteil unbezahlt. Manchen reicht die Zeit nicht einmal, um unterwegs etwas zu essen. Angestellt sind sie von Subunternehmen, die miese Löhne zahlen. Das und noch viel mehr enthüllte die Unia in einem 35seitigen Report **(rebrand.ly/dpd-report).**

Armin Zeder war «geschockt», wie er in einem Mail an work festhält. Für ihn ist klar: «Wir möchten nicht länger solche Firmen unterstützen.»

BRIEF AN DPD-CHEF

Als work bei Zeder anruft, räumt dieser selbstkritisch ein: «Da muss ich mich an der Nase nehmen. In der Logistik versuchen wir ständig, hier einen Franken und da ein Zäni einzusparen. Aber das soll nicht auf Kosten der Fahrerinnen und Fahrer gehen.» Jetzt hat er dem DPD-Chef Tilman Schultze einen Brief geschrieben. Wie dies vor zwei Wochen hundert Promis gemacht haben (work berichtete: **rebrand.ly/promis).** Für Zeder ist klar: Er wird die Ware künftig nicht mehr mit DPD verschicken. Und legt auch seinen Lieferanten nahe, dies nicht mehr zu tun.

Der Geburtstag ist für alle ein freier Tag.

Er lese regelmässig work und sei Unia-Mitglied aus Überzeugung, sagt der 58jährige: «Ich bin nicht als Chef auf die Welt gekommen. Die meiste Zeit meines Lebens war ich einfacher Mitarbeiter. Und zwischendurch auch einmal arbeitslos.» Das wirke sich jetzt auf die Art aus, wie er sein Unternehmen mit 20 Mitarbeitenden führe. Zum Beispiel, dass alle selber sagen können, wie viel mehr sie verdienen möchten. Wie bitte? «Ja», sagt Zeder und lacht, «immer Ende Jahr fürs nächste Jahr.» Zwar habe letztes Jahr gar niemand mehr Lohn gefordert, so der Firmenchef. Leer ausgehen sollen die Mitarbeitenden aber deswegen nicht: «Wenn wir das Budget einhalten, erhöhen wir im November alle Löhne um mindestens ein Prozent, rückwirkend auf Anfang Jahr.»

LOHNANALYSE BESTANDEN

Zudem gibt's, je nach Umsatz der Firma, im Sommer Feriengeld, im Winter Weihnachtsgeld, und am Geburtstag hat jeder und jede frei. Im Grossraumbüro gibt's einen Strand, samt Palmen, für Pausen und Besprechungen. Und jeden Morgen geht der Chef bei allen Mitarbeitenden vorbei und sagt grüezi.

Ein «Dankeschön an die Mitarbeitenden» nennt der Patron diese Extras. Natürlich seien anständige Löhne auch wichtig, der tiefste liegt aktuell bei 4900 Franken brutto (für eine ungelernte Lageristin), einschliesslich eines 13. Monatslohns. Der Chef bekommt etwas mehr als doppelt so viel. Und selbstverständlich hat die Firma bereits eine Lohngleichheitsanalyse durchgeführt und bestanden.

EIN TESLA FÜR ALLE

Aber was die Nosag noch spezieller macht, sind die «Soft-Faktoren» (O-Ton Armin Zeder). Etwa der Frauen- und der Männertag. Am Frauentag bekommen die Frauen ein Budget von 120 Franken pro Kopf und unternehmen etwas zusammen. Die Männer hüten derweil den Betrieb. Am Männertag ist's umgekehrt. Selbstredend zählen die Tage als Arbeitstage. Damit nicht genug. Zeder ist Tesla-Fan und will einen Beitrag leisten für eine CO_2-freie Mobilität. «Deshalb ermögliche ich allen in der Firma, die das wollen, einen Tesla zu fahren.» 14 von 20 Mitarbeitenden wollten bisher, einschliesslich des Kollegen im Rollstuhl, für den die Firma einen Tesla umbauen liess. Die Fahrzeuge gehören der Firma, die Mitarbeitenden dürfen sie aber auch privat nutzen, gegen einen kleinen Lohnabzug. «Kostendeckend ist das nicht», sagt Zeder. «Aber Sie sollten mal sehen, wie happy die Leute sind, wenn sie mit dem Tesla vorfahren.»

Mehrere Mitarbeitende, mit denen work gesprochen hat, bestätigen die Angaben des Firmeninhabers. Eine Innendienstmitarbeiterin sagt: «So eine Firma habe ich noch nie erlebt.»

Es ist jetzt zwölf Jahre her, dass Armin Zeder die Firma übernommen hat. Damals hatte sie fünf Mitarbeitende. Heute sind es viermal so viel. «Das ist das Schönste an der Sache», sagt er. «Man kann den Mitarbeitenden all diese Dinge bieten und trotzdem langfristig Erfolg haben.»

BÜRO MIT STRAND: Armin Zeder offeriert grosszügige Arbeitsbedingungen und freut sich, dass die Firma damit gut fährt. FOTO: ZVG

Unia-Mitglied Zeder: «Gewerkschaften sind enorm wichtig»

Soweit er wisse, gebe es in der Nosag nur zwei Unia-Mitglieder, sagt Chef und Inhaber Armin Zeder. Nämlich seine Frau, die fürs Marketing verantwortlich ist, und ihn selber. «Und wir sind glaub's auch die einzigen, die links-grün wählen.»

ERKÄMPFT. Dabei seien die Gewerkschaften enorm wichtig, sagt er: «Ich habe meinen Leuten schon oft gesagt: ‹Hey, vor hundert Jahren hat noch das Militär auf die Arbeiter geschossen! Alles, was wir heute haben, den freien Samstag, vier Wochen Ferien, Kündigungsfrist – das ist nicht vom Himmel gefallen. Das haben die Gewerkschaften erkämpft!›» Ein Chef, der Werbung macht für die Gewerkschaft: auch das gibt's (fast) nur bei der Nosag. (che)

Bau-Chef Lardi klemmt

ZÜRICH. Der massive Fachkräftemangel bei den Polieren lässt sich nur beheben, wenn der Beruf aufgewertet wird. Davon sind die Polierverbände, Unia, Syna und Baukader Schweiz überzeugt. Konkret brauche es Mitbestimmung bei der Terminplanung, eine bezahlte Pause pro Tag sowie ein Recht auf Teilzeitarbeit. Diese Forderungen deponierten die Verbände bei Gian-Luca Lardi. Nun hat der Baumeisterpräsident geantwortet – und alle Vorschläge abgelehnt. Es sei nämlich «nicht von entscheidender Bedeutung», bei der Terminplanung mitzureden. Überhaupt sei der Personalmangel bloss die Folge eines mangelhaften «Branchenimage». Und daran seien die Gewerkschaften und ihre «populistischen Negativkampagnen» schuld. Eine enttäuschende Antwort, findet Unia-Bausekretär Chris Kelley: «Wir sollen aufhören, die Probleme auf dem Bau zu thematisieren, während der Baumeisterverband den Kopf in den Sand steckt?!» Kelley: «Wir werden die Baumeister nochmals dazu einladen, mit uns und den aktiven Polieren ins Gespräch einzusteigen.»

KOPF IN DEN SAND: Baumeisterpräsident Gina-Luca Lardi. FOTO: KEY

SGB rügt «mutlosen» Bundesrat

BERN. Fast zwei Jahre nach dem Frauenstreik ist sie da, die erste nationale Gleichstellungsstrategie. Der Bundesrat will damit bis 2030 «Lücken schliessen». Dass sein Plan aufgeht, ist aber unwahrscheinlich. Zu stümperhaft sei das Strategiepapier, kritisieren Frauenorganisationen. Auch der Gewerkschaftsbund zerpflückt das Papier als «mutlos», ja als «unsäglichen Affront». Denn im Fokus stünden fast nur die Schweizer Mittelstandsfrauen. Die Situation von Frauen in Tieflohnberufen oder mit Migrationshintergrund werde bloss am Rand angesprochen. Für sie sieht der Bund vor allem eines vor: die Erhöhung des Rentenalters.

Implenia-Abbau geht weiter

CHUR. Implenia will weltweit 2000 Stellen streichen. Das hatte der Bauriese im Oktober angekündigt. Kurz darauf schloss er den Standort in Buchs AG. Nun ist ganz Graubünden dran. Die Einheiten in Chur, Davos, Zernez, St. Moritz und Sils würden dichtgemacht. Weil in der «lokal geprägten» Bündner Bauwirtschaft «grosser Konkurrenzdruck» herrsche. Das teilte der Konzern am Dienstag den 150 betroffenen Mitarbeitenden mit. Die Gewerkschaften Unia und Syna verurteilen den Entscheid zugunsten «kurzfristiger Renditeziele der Aktionäre» und fordern Stellenerhalt und eine Verlängerung der Konsultationsfrist bis zum 15. Juni.

Strike for Future am 21. Mai

«Jetzt muss sich im Klimaschutz endlich etwas tun!»

Eric Ducrey ist Bauarbeiter und Klimaaktivist. Er kennt die Anliegen der Klimabewegung und auch die Sorgen der Bauleute.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

«Ja, da bin ich der Richtige!» sagt Eric Ducrey zu work. «Wenn es um den Klimanotstand geht, bin ich einer der engagiertesten Bauarbeiter der Region.» Mit seinen 45 Jahren ist er zwar nicht der typische Vertreter der Klimabewegung. Aber er ist überzeugt: «Wir müssen diese Jugendlichen sehr ernst nehmen!»

Ducrey ist Baupräsident der Unia Freiburg. Und Mitglied der Klimaorganisation Exctincion Rebellion. Und er steht in engem Kontakt zur Klimajugend. So war er auch dabei, als die Polizei Ende März das von rund 200 Aktivistinnen und Aktivisten besetzte Gebiet Mormont im Kanton Waadt räumte. Am Mormont betreibt Lafarge Holcim eine Zementfabrik und einen Steinbruch, der ausgeweitet werden soll. Die Klimaaktivisten hatten den Mormont mit seinen seltenen Orchideen und archäologischen Stätten im Oktober 2020 besetzt und zur ZAD erklärt. ZAD steht für «Zone à défendre» (Verteidigungszone).

Nebst dem Landschaftsschutz ging es der Bewegung hauptsächlich um die klimaschädliche Zementproduktion. Lafarge Holcim produziert beim Mormont jährlich 800 000 Tonnen Zement und bläst fast 400 000 Tonnen klimaschädliches CO_2 in die Luft.

Als die Polizei nach fast fünf Monaten die ZAD räumte, war für Baubüezer Eric Ducrey klar, «da muss ich hin». Er sagt: «Die Räumung verlief zum Glück friedlich!» Einige Aktivisten kassierten Gefängnisstrafen. Ducrey kam ungeschoren davon. «Wegen meines Alters lief ich wohl etwas unter dem Radar der Polizei.»

JOBSICHERHEIT

Für Ducrey steht der Mormont für den masslosen «Zement-Hunger» von Firmen, die nur auf Profit aus sind: «Was für eine Welt wir unseren Kindern überlassen, ist ihnen egal.» Der Konflikt auf dem Mormont zeigt für Ducrey aber auch: «Klar, wenn es um Zement geht, sind auch wir Bauarbeiter betroffen.» Was, wenn Zement als Baustoff verboten wird? Was wird dann aus den Bauleuten, ihrem Wissen, ihrer Berufserfahrung? «Damit wir nicht auf die Strasse gestellt werden, müssen wir jetzt zusammenstehen. Wir brauchen Jobsicherheit – und Weiterbildungen, damit wir den Anschluss ans nachhaltige Bauen nicht verpassen.»

Wie Umweltschutz sozialverträglich umgesetzt werden kann, hat die Gewerkschaften schon in den 1980er Jahren beschäftigt. Die GBH und die GBI (beides Vorläufergewerkschaften der Unia) veröffentlichten zwischen 1983 und 1995 drei Berichte, die Investitionen in ökologische sinnvolle Projekte forderten – kombiniert mit der Forderung nach einer Verkürzung der Arbeitszeit. Und in der Wirtschaftskrise der 1990er Jahre berechnete die GBI, dass mit dem Ausbau erneuerbarer Energien Tausende Jobs geschaffen werden könnten. Politische Initiativen, die dies ermöglich hätten, wurden aber verworfen. Die Klimabewegung hat das Thema jetzt wieder auf die politische Agenda gebracht, auch die Gewerkschaften unterstützen die ökosoziale Wende.

«Es braucht jetzt endlich eine Regelung für Hitzetage.»
ERIC DUCREY, UNIA FREIBURG

KLIMAALARM

Was Klimaerhitzung bedeutet, erfahren Arbeiter wie Eric Ducrey am eigenen Leib. Er sagt: «Vor 20 Jahren waren Hitzetage noch sehr selten. In den nuller Jahren war es vielleicht mal eine Woche richtig heiss. Jetzt beginnen die Hitzetage schon im Juni und dauern bis September.» Ducrey befürchtet, dass es mehr Unfälle und sogar Tote geben werde. Tatsächlich führt Hitze zu mehr Arbeitsunfällen. In einer Studie stellte die Suva fest: An Hitzetagen mit mehr als 30 Grad passieren im Bau- und im Transportgewerbe sieben Prozent mehr Unfälle, wegen Konzentrationsmangels und Übermüdung. Deshalb fordert Ducrey: «Es braucht jetzt endlich eine Regelung für Hitzetage.»

Und Ducrey ist nicht alleine mit seinen Anliegen. «Der Klimawandel ist ein Thema unter den Kolleginnen und Kollegen. Vor allem die Jungen sind für das Thema sensibilisiert.» Deshalb werden sie am 21. Mai am «Strike for Future» beim Klimaalarm um 11.59 Uhr tüchtig Lärm machen. Weitere Aktionen sind noch in Planung. Eric Ducrey: «Damit sich im Klimaschutz endlich etwas tut, aber nicht auf Kosten der Arbeitnehmenden.»

GEGEN MASSLOSEN ZEMENT-HUNGER: Als Bauarbeiter wünscht sich Eric Ducrey eine Zukunft für seine Baubranche – aber eine Zukunft mit Umweltverantwortung. FOTO: MANU FRIEDERICH

50 Jahre E-Mails: Höchste Zeit für einen kleinen Wutanfall!

@, @, @, oh, Affenschwanz**,** so lange begleitest du mich jetzt schon. Du Mail! Und täglich bekomm ich mehr von dir. Wasserfälle, Bergrutsche, Lawinen von Mails. Mail-Tsunamis. Sie verfolgen uns. Überschwemmen und erdrücken uns. Sie schreien «Sofort!» und «Hopphopp!» und «Hüü!!» Sie schreien nach Antworten. Dröhnen in den Ohren.

Über 300 Milliarden von ihnen feuern wir weltweit täglich ab. So die Schätzungen. Eine Bestellung? @ und weg! Eine Reklamation? @ und tschüss! Eine Information? @ und – und ja, genau da fängt der grosse Koller auch schon an.

FAKTEN ODER FIK … Mail geschickt, Arbeit erledigt! Manche verwechseln Mailen mit Arbeiten. Und lehnen sich danach zufrieden zurück. Ob ihre elektronische Post auch ankommt? Ob sie irgendwer liest? Who cares! Ist ihnen doch wurscht! Gemailt ist gemailt. Job erledigt, aus! Schlimmer noch: Manche sind sogar froh, wenn das Mail niemand liest. Dann müssen sie nicht schon am helllichten Tag in die Gänge kommen. Noch arbeiten. Denn, kommt es saublöd, und die Empfängerin antwortet tatsächlich: dann müsste man ja noch den Finger aus dem – und frau auch. Einverstanden, es sind nicht alle so. Aber manche dafür umso mehr: Sie toppen ihre Arbeitsminimisierungs-Strategie noch mit der passenden Betreffs-Strategie. Nach dem Motto: Versehen Sie Ihr Mail mit einem möglichst langen, langweiligen und wirren Betreff. Und schon verdoppelt sich Ihre Chance, dass es gleich im Papierkorb landet. «Wtr. Zürich: Ge …», zum Beispiel. Oder «Jetzt Stromar …» oder «Fakten oder Fik …».

Keine Fakes, sondern alles Betreff-Beispiele aus den Tiefen des real existierenden Mailalltags.

Und schon fallen der Empfängerin die Augendeckel zu. Noch bevor sie das Mail (ja, DAS Mail, da schweizerisch; und nicht DIE Mail, da deutschlandisch) lesen konnte.

FALSCHE TASTE. Heisser Tipp: Eine extra narkotisierende Wirkung haben Betreffs mit trümmligen Abkürzungen. In gewissen Organisationen sind sie besonders beliebt. Etwa: «PSG GGP Sma …» Oder: «RTM 2018–2019». Beide ebenfalls nicht selber erfunden. Sie katapultieren uns garantiert subito in die REM-Phase. Und schlägt unser schwerer Kopf erst auf der Tastatur auf, drückt die Nase womöglich noch eine falsche Taste. Wie neulich in Deutschland geschehen. Also nicht die Nase, aber die falsche Taste: Am Morgen informierte der Informationsdienst des Bundestags in einem Mail alle 4000 angeschlossenen Empfängerinnen und Empfänger darüber, dass ein neues Nachschlagewerk jetzt zur Verfügung stehe. Die Mitarbeiterin

Manche verwechseln Mailen mit Arbeiten.

eines Abgeordneten der Grünen bestellte sich eine Kopie des Buchs, schickte ihre Mitteilung aber versehentlich «an alle». Schnell entwickelte sich der blanke Mail-Terror. Alle an alle an alle an alle an alle, bis der Mail-Server explodierte.

FWD. FWD. FWD. Ok, Pannen kann es geben. Aber Tatzelwurm-Mails, die gibt's eben auch. Die Meistgehassten unter den Gehassten! Und die gehen so: Einer schreibt und verschickt ein Mail an eine andere. Diese liest, schreibt als Kommentar einen Satz und schickt das Mail weiter. Dasselbe tut der nächste Empfänger. Und auch die nächste Empfängerin. Und die überüberüberübernächste auch. Prinzip Schneeballsystem. Fwd. Fwd. Fwd. Fwd. Fwd. Fwd: Und die Letzten werden die Allerletzten sein. Die allerletzten armen Chaiben, weil sie die ganze Tatzelwurm-Aufführung von unten her aufrollen müssen, um zu verstehen, was da eigentlich gespielt wird. Und nicht wenige verirrten sich in solchen Mail-Irrgärten. Und kamen nie wieder raus. Echt jetzt! Und den Schuldigen, der den Tatzelwurm losliess, den wird man nicht zur Verantwortung ziehen können. Keine Chance! Denn er hat ja ganze Arbeit geleistet. Per Mail.

MARIE–JOSÉE KUHN

workfrage: E-Mail – Top oder Schrott?

Finden Sie den digitalen Brief eine tolle Sache oder eine Plage? **Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!** Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: **work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch**

Es ist Spargelzeit – doch wer holt sie aus dem Boden?

Ohne Polen wären wir längst verloren

AUFWENDIGE ERNTE: Spargelstechen ist und bleibt Handarbeit, eine niflige Büez, die in der Schweiz vor allem von Polinnen und Polen geleistet wird. FOTO/SYMBOLBILD: KEYSTONE

Die ganze Schweiz ist im Spargelrausch. Nun zeigt eine Studie: Hinter dem Königsgemüse stecken Hungerlöhne.

JONAS KOMPOSCH

Kaum ist Frühling, streiten sich Gourmets über Spargeln. Grün oder weiss? Gekocht oder grilliert? Mit Sauce hollandaise oder nature? Die Spargeln polarisieren. Zumal sie für viele bloss überteuerte Stengel sind – mühsam in der Zubereitung und mit Geruchsfolgen nach dem Verzehr. Andere vergöttern sie dagegen als Edelgemüse, als obligaten Gaumenschmaus, der

Pro Woche chrampfen Spargelstecher 45 bis 66 Stunden. Mindestens.

die Blütezeit und ihre fröhlichen Begleiterscheinungen einläutet. Oder wie es der Refrain eines berühmten Foxtrotts aus den 1920er Jahren trällert: «Veronika, der Lenz ist da. Die Mädchen singen Tralala. Die ganze Welt ist wie verhext. Veronika, der Spargel wächst!» Und auch heute noch scheint so manches verhext, wenn das Stangengemüse wächst.

«SPARGEL-LUFTBRÜCKE»

Beispiel Deutschland 2020: Pandemiebedingt waren viele Grenzen dicht. Abertausende Saisonniers aus Osteuropa steckten in ihrer Heimat fest. Aber wer, wenn nicht sie, würde die viertgrösste Spargelernte der Welt einbringen? Die Bundesregierung reagierte prompt mit einer «Spargel-Luftbrücke». Unzählige Sonderflüge brachten die begehrten Arbeitskräfte gerade noch rechtzeitig auf Deutschlands Äcker. Eine Reise, die später manche bereuten. Im rheinländischen Bornheim etwa mussten 200 rumänische Spargelstecher streiken, damit sie Lohn und ordentliche Unterkünfte erhielten. Und bei Freiburg im Breisgau wurde ein 56jähriger Rumäne eines Morgens tot in seiner Baracke aufgefunden. Er hatte sich im Ernteeinsatz mit Corona infiziert.

Deswegen den Arbeiterschutz verbessert hat CDU-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner aber nicht. Im Gegenteil winken deutschen Gemüsebauern abermals Sondergenehmigungen. Saisonniers sollen neuerdings 102 Tage ohne Krankenversicherung angestellt werden dürfen. Hauptsache, der Markt bleibt «gesund»!

66-STUNDEN-WOCHEN ERLAUBT

In der Schweiz werden die Spargeln hauptsächlich von Polinnen und Polen geerntet. Kämen sie als Touristinnen und Touristen ins Land, müssten sie für 10 Tage in Quarantäne. Aber als Saisonniers gelten sie als «systemrelevant» und können nach Vorlegen eines negativen Coronatests und einer Registrierung sofort arbeiten. Immerhin haben sie neu Anspruch auf ein eigenes Schlafzimmer. Ansonsten hat sich ihre Lage aber nicht verbessert. Nach wie vor ist die gesamte Landwirtschaft vom Arbeitsgesetz ausgenommen. Stattdessen gilt in jedem Kanton ein eigener Normalarbeitsvertrag (NAV). Und damit ein schweizweiter Flickenteppich, der Wochenarbeitszeiten von 45 Stunden in Genf und bis zu 66 Stunden in Glarus zulässt. Die tatsächliche Arbeitszeit jedoch liegt im Schnitt 10 Prozent über dem erlaubten Maximum. Dies zeigen die Schweizer Historiker Gilles Bourquin und Jan Chiarelli in ihrer neuen Studie «Landarbeiterinnen und -arbeiter in der Not» (online: **rebrand.ly/landarbeiternot).** Ausserdem ist in allen NAV die Sechstagewoche Standard, Sonntagsarbeit ebenso und eine bezahlte Znünipause die rare Ausnahme. Dafür darf der Chef in der Erntezeit Überstunden anordnen. Und die Löhne frei bestimmen. Denn ein gesetzliches Minimum gibt es nicht, bloss eine Richtlinie des Schweizerischen Bauernverbands (SBV). Ihre unterste Stufe beträgt 3300 Franken brutto. Davon dürfen fast 1000 Franken für Verpflegung und Unterkunft abgezogen werden. Was bleibt, ist ein Hungerlohn.

DRUCK VON COOP UND MIGROS

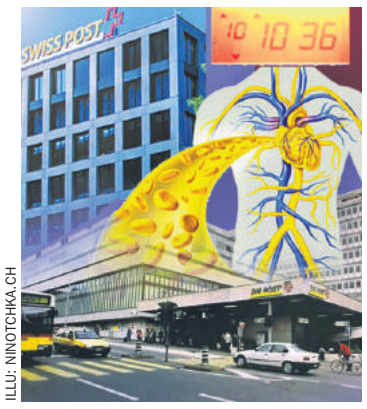
Kein Wunder, chrampfen immer weniger Schweizerinnen und Schweizer in der Landwirtschaft. Ihre Anzahl ist seit dem Jahr 2000 um über 30 Prozent gesunken, jene der ausländischen Arbeitskräfte dafür in die Höhe geschossen. Im Gmüeslerkanton Bern um 31,5 Prozent, im Wein- und Aprikosenland Wallis um 48 und in Mostindien, im Thurgau, sogar um 76 Prozent. Hinzu kommen jährlich 30 000 Saisonniers aus Polen, Rumänien, Ungarn oder Portugal. Um ihre Familien durchzubringen, verlassen sie diese monatelang – Jahr für Jahr.

Wer aber ist für diese Situation verantwortlich? Die Gemüsebäuerinnen und -bauern nur bedingt, betonen die Autoren der Landarbeiterstudie. Entscheidend seien Coop und Migros, die rund die Hälfte des Lebensmittelhandels abdeckten. Damit hätten die Detailhandelsriesen eine «duopolistische Situation» etabliert, sie beherrschten den Markt. Das führe zu einer Konzentration der Produktion und zu immer stärkerem Ertragsleistungszwang. Unweigerlich steige so der Druck auf die Einkommen der Bauern und letztlich auch auf die Löhne ihrer Mitarbeitenden. Besonders gilt das für den Spargelmarkt. Er ist ungeschützt, die Spargeln ein zollfreies Gut. Nicht einmal jede zehnte in der Schweiz verzehrte Spargel stammt auch von hier. Sondern aus Gegenden, wo Arbeit noch billiger zu haben ist: aus Spanien, Mexiko oder Peru. Und immer öfter auch aus China.

Petition: Ackern nur mit Mindestlohn

Ob bei gleissender Sonne oder strömendem Regen – die Gemüseernte verlangt dem Körper Extremes ab. Trotzdem ist sie miserabel bezahlt: Im Schnitt 14 Franken brutto erhalten landwirtschaftliche Angestellte für eine Stunde Buckeln auf dem Acker. Mit solchen Tiefstlöhnen soll endlich Schluss sein. Das fordert «Widerstand am Tellerrand», ein neues Netzwerk für eine sozial nachhaltige Landwirtschaft, von den Regierungen der Kantone Bern und Zürich.

4000 FRANKEN. Die beiden Kantone sollen als Pionierkantone vorangehen und ihre Normalarbeitsverträge für landwirtschaftliche Angestellte wie folgt verbessern: 1. Reduktion der wöchentlichen Maximalarbeitszeit von 55 auf 45 Stunden. 2. Einführung eines verbindlichen Mindestlohnes von 4000 Franken. Die entsprechende Onlinepetition wird auch von der Unia, dem Solifonds, der Grünen Partei Schweiz und der SP des Kantons Zürich unterstützt. **www.widerstand-am-tellerrand.ch**



ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & das Wir-Gefühl (2)

Die Briefträgerin kennt es, das Wir-Gefühl in Bezug auf die Post. Weniger stark als auch schon, aber noch unverkennbar. Sie erzählte bereits davon. Und ihre Kolleginnen und Kol-

Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

legen? «Es ist schon anders als früher», sagt Therese und erinnert sich an die Schanzenzeit, die legendäre. «Als wir auf der Schanzenpost arbeiteten, gingen wir nach der Büez oft zusammen eis ga zieh. Das kommt jetzt selten mehr vor.» Man arbeite heute länger, die meisten wollten danach mal nach Hause, und viele hätten das Auto gleich hinter der Bude. Aber sie würde schon sagen, sie habe gelbes Blut. Und vor allem

Nicht alle spüren gleich viel «gelbes Blut» in den Adern.

wegen des Teams komme sie sich bei der Post behütet vor. «Ich gehöre dazu.» Auch Renate spricht, nach ihrem Wir-Gefühl gefragt, nicht von der gelben Riesin, vom Konzern oder vom Service public, auch sie nennt sofort die Kolleginnen und Kollegen. «Wir sind ein gutes Team und werden gut geleitet. Ich könnte fast sagen: Wir gehen durch dick und dünn. In strengen Zeiten und wenn's locker ist. Und wir machen zusammen Pause.»

GELBES BLUT. Renate ist seit fünf Jahren Briefträgerin. «Gelbes Blut? Grundsätzlich schon, aber mir fehlen manchmal die Zusammenhänge der Abläufe bei PostMail. Besichtigungen wären da nützlich.» Trotzdem: Renate kann sich «absolut identifizieren». Und was sagt der externe Logistikstift, der bei der Post ein Stage macht? «Wenn's der Bude schlechtgeht, bekomme ich keinen Lohn mehr. Also sollte ich wohl schon ein Wir-Gefühl zu ihr entwickeln.» Ein junger Wilder zum Thema befragt, antwortet: «Ich passe.» Pädu, sein Kollege, bemerkt desillusioniert: «Immer heisst es, wir seien eine grosse Firma. Aber die Postfinance-Mitarbeitenden bezahlen keine Gebühren für die Kontoführung. Wir schon. Und bei uns sind sie knausrig, was die Pausen angeht. ‹Wenn ein Gespräch persönlich wird, scannt ihr Pause!› heisst es. Die Oberen im Hauptsitz werden niemals so eng gehalten.» Zu guter Letzt meldet sich noch der Spassvogel zu Wort: «Ein Wir-Gefühl? Ich habe ein Wir-Gefühl zum FC Bayern. Noch Fragen?»

Rahmenabkommen

Falsch aufgegleist

Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über das institutionelle Rahmenabkommen rutschen auf den Abgrund zu. Sie waren von Anfang an schräg aufgegleist. Die EU wollte unter anderem die Frage des Lohnschutzes in der Schweiz klären: Deutsche und polnische Patrons beklagten sich nämlich darüber, dass sie keinen freien Zugang zu lukrativen Dienstleistungen auf dem Schweizer Markt hätten. In Brüssel stiessen sie auf offene Ohren bei den Marktfundis der «General-

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

direktion Handel» in der EU-Verwaltung. Jener Abteilung, «die mit dem Begriff der sozialen Gerechtigkeit am meisten Rechtschreibeprobleme hat». Das sagte so fein der Grüne Sven Giegold, ein guter Kenner der Brüsseler Politik, in der WOZ. Er sieht es als ein Grundproblem, dass ausgerechnet diese Abteilung für die Verhandlungen mit der Schweiz zuständig ist. Für sie ist Arbeitsschutz ein Hindernis, freier Markt dagegen ein Grundrecht.

Die EU kann kein «Alpen-Singapur» gebrauchen.

FALSCHE PRIORITÄTEN. Andere brennende Fragen waren für die EU-Verhandler dagegen kaum Thema: Dass Schweizer Sozialrechte in mehreren Punkten hinter der EU herhinken, hat sie nicht gestört. Dass die Schweiz Steuerdumping betreibt, ebenfalls nicht. Dass EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz nach jahrelanger Berufstätigkeit ihr Aufenthaltsrecht verlieren können, entdeckte die EU erst am Schluss.

In der neoliberalen Ausrichtung haben sich die Verhandler auf beiden Seiten des Tisches jedoch gefunden. Auch die Schweizer Seite, allen voran Aussenminister Ignazio Cassis, fand unsere flankierenden Massnahmen (FlaM) antiquiert. Nur allzu gerne war sie bereit, die FlaM auf dem Altar des gemeinsamen Marktes zu opfern. Offensichtlich hat jedoch niemand mit dem Veto der Gewerkschaften gerechnet.

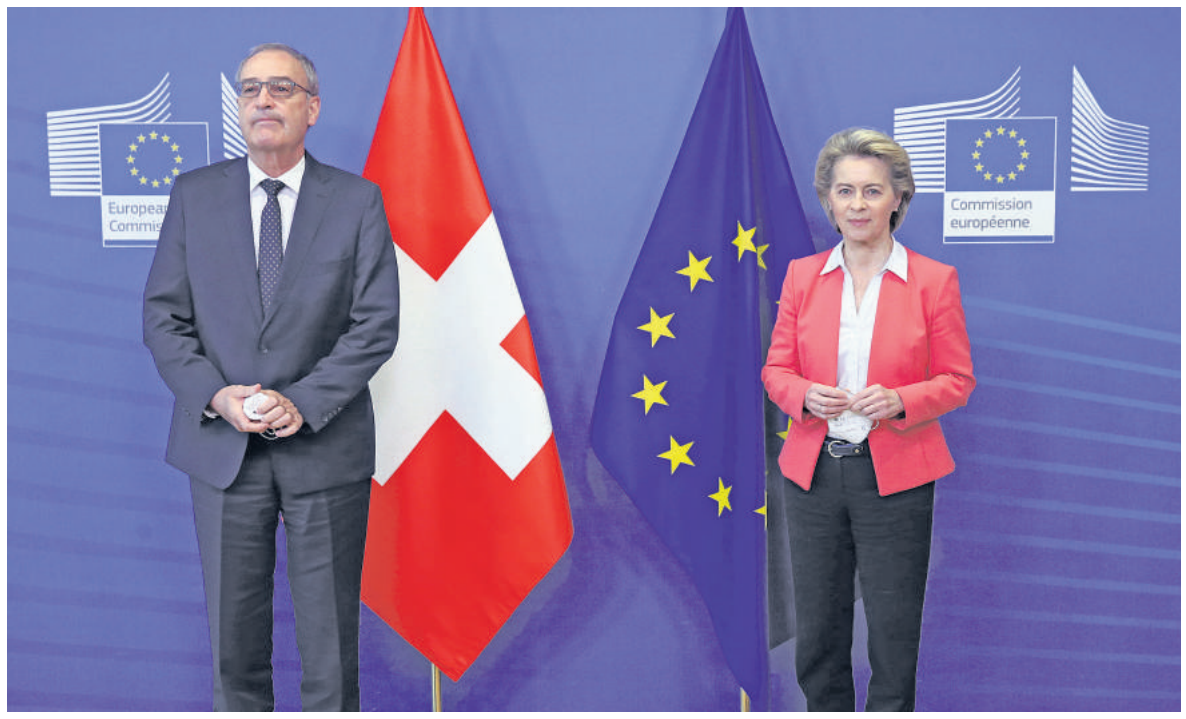
DAS PROBLEM IST POLITISCH. Leider hat es jetzt ganze zwei Jahre gedauert, bis unsere Regierung sich ein Herz fasste und Bundespräsident Guy Parmelin in Brüssel endlich Klartext sprach: Am Lohnschutz sei nicht zu rütteln, beschied er. In Brüssel zeigte man sich «überrascht» und «schockiert». Jetzt hat die EU-Kommission ein politisches Problem. Denn es geht nun um mehr als um die freie Fahrt für ein paar Arbeitgeber. Will die EU die Verhandlungen jetzt wirklich scheitern lassen? Und danach Sanktionen gegen die Schweiz verhängen? Das ergibt letztlich keinen Sinn. Denn was die EU definitiv nicht gebrauchen kann, ist eine Schweiz als «Alpen-Singapur» – mit schwach regulierten Banken, tiefen Steuern und wenig Arbeitsrechten.

Nach der Reise von Bundespräsident Parmelin nach Brüssel

Rahmenabkommen: nur im Koma – oder doch schon verstorben?

Wie manche Runde dreht das Rahmenabkommen mit der EU noch? Auch nach dem Treffen des Schweizer Bundespräsidenten mit der EU-Kommissionspräsidentin bleibt die Lage verfahren.

CLEMENS STUDER



ZIEMLICH GROSSER GRABEN: Bundespräsident Guy Parmelin und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen trafen sich in Brüssel, aber nicht in der Mitte. FOTO: KEYSTONE

Das Rahmenabkommen mit der EU ist noch nicht offiziell tot. Es zuckt noch ein bisschen. Die Frage ist: Gelingt der Befreiungsschlag den sich immer noch manche erhoffen? Oder braucht es doch einen Neuanfang? Denn in der vorliegenden Form ist das Rahmenabkommen nicht mehrheitsfähig – und darum eigentlich auch nicht unterschreibbar.

Dabei ist es in grossen Zügen gar nicht so schlecht. Aber die Marktradikalen hüben und drüben wollten gleich auch noch den Schweizer Lohnschutz schleifen. Denn die Schweizer flankierenden Massnahmen sind ihnen seit je ein Dorn im Auge. Weil diese die Lohnabhängigen schützen. Und das ist ihnen zu profitschädigend.

BRUCHPILOT CASSIS

Aussenminister Ignazio Cassis, dieser FDP/SVP-Hybrid-Bundesrat, stellte sich an die Spitze der Lohnschutzschleifer. Und legte eine Bruchlandung hin. Weil der damalige SGB-Präsident Paul Rechstei-

Der Schweizer Lohnschutz muss vor dem EU-Gerichtshof geschützt werden.

ner den Braten roch und klare Ansagen machte: ohne Lohnschutz nicht mit uns! Bis heute ist die Haltung der Gewerkschaften klar: «Rahmenabkommen ja, aber nicht in dieser Form.» Die rechtsnationalistische SVP ist sowieso gegen einen Rahmenvertrag. Bei der FDP bröckelt die Ja-Front. Und der schlaue Mitte-(Ex-CVP-)Präsident Gerhard Pfister hat schon länger begriffen, dass es so nichts wird. Wie verchachlet die Lage unterdessen ist, hat auch die Mehrheit des Bundesrates begriffen. Und den Bruchpiloten Cassis kaltgestellt. Obwohl er im «Sonntagsblick» noch gross ankündigte, er werde gemeinsam mit Bundespräsident Guy Parmelin nach Brüssel reisen, musste er zu Hause bleiben.

KLARTEXTER PARMELIN

Volkswirtschaftsminister Parmelin reiste mit zwei schweren Rucksäcken nach Brüssel. Der eine mit den drei strittigsten Punkten: Lohnschutz, Unionsbürgerrichtlinien und Service-public-Finanzierung. Der zweite mit seiner SVP-Zugehörigkeit. Doch der Waadtländer Weinbauer schlug sich wacker. Weder liess er sich von seiner Partei instrumentalisieren noch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sonderlich beeindrucken. Er deponierte die Botschaft, die Cassis immer verschleiert hatte: In den strittigen Punkten des vorliegenden Vertragstextes braucht es mehr als «Präzisierungen». Es braucht Änderungen. Was die EU, die das Abkommen für «fertig verhandelt» erklärt hat, natürlich nicht amüsiert. Schliesslich hatte der Schweizer Aussenminister Cassis das irgendwann auf irgendeinem Flughafen dem Vernehmen nach einem EU-Vertreter so bestätigt.

WIE WEITER?

Die Lage ist verfahren. Denn einerseits würde die Schweiz von einem vernünftigen Rahmenabkommen genauso profitieren wie die EU. Statt «autonomen Nachvollzugs» oder Dauerverhandlungen würde rechtliche Klarheit herrschen. Für die Unternehmen wie für die Lohnabhängigen. Andererseits ist das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form gerade für die Arbeitnehmenden nicht annehmbar.

Was müsste geschehen, damit doch noch ein mehrheitsfähiges Abkommen zustande käme?

1. Der Schweizer Lohnschutz und die flankierenden Massnahmen generell müssen vor dem Zugriff des Europäischen Gerichtshofs geschützt werden. Denn dieser fällt immer wieder mit Urteilen gegen die Lohnabhängigen auf.

2. Bei den Unionsbürgerrichtlinien gibt es Verhandlungsspielraum. SP-Co-Präsident Cédric Wermuth hat sie in einem Interview skizziert. So wäre zum Beispiel ein Angebot an die EU-Länder, dass ihre Bürgerinnen und Bürger nach fünf Jahren Aufenthalt in der Schweiz das Bürgerrecht erhalten.

3. Auch bei der Finanzierung des Service public (etwa Kantonalbanken, Energiewerke usw.) liessen sich Lösungen finden.

All das hätte eigentlich zum Job von Cassis und seinem Team gehört. Jetzt müssen neue Leute versuchen zu flicken, was Cassis & Co. angerichtet haben.

HOFFNUNG STIRBT ZULETZT

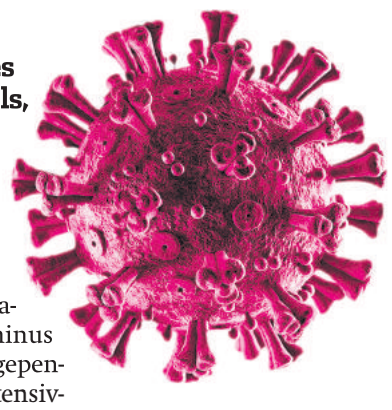
Wieweit die EU bereit ist, wieder auf echte Verhandlungen einzusteigen, ist im Moment Kaffeesatzleserei. Es gibt Hoffnungsvolle wie etwa alt Bundesrat Pascal Couchepin, der in der «Schweizer Illustrierten» sagte: «Man muss nicht mehr ewig verhandeln. Sondern die jüngsten Vorschläge von Brüssel und Bern in Übereinstimmung bringen und dann den Vertrag dem Parlament vorlegen.» Und es gibt solche, die das vorliegende Werk für gescheitert halten. Darunter viele gewerkschaftsnahe Politikerinnen und Politiker. Sie wissen: gegen die Lohnabhängigen und gegen die SVP ist keine Abstimmung zu gewinnen. Und die Lohnabhängigen sind nicht zu gewinnen, solange die flankierenden Massnahmen in Gefahr sind.

Corona: Zahlen stabil, Impfungen laufen runder, aber:

Der Schutz der Lohnabhängigen muss endlich besser werden

Licht am Ende des Pandemie-Tunnels, oder nur ein Zwischenhoch wie im letzten Sommer?

CLEMENS STUDER



Die Fallzahlen haben sich bei plus/minus 2000 pro Tag eingependelt. Doch die Intensivstationen sind immer noch mehr als üppig ausgelastet (83 Prozent). Und die Covid-Patientinnen und -Patienten werden immer jünger. Einerseits, weil der älteste Teil der Bevölkerung unterdessen geimpft ist. Andererseits, weil die unterdessen dominante Variante des Virus deutlich ansteckender und krankmachender ist. A propos impfen: da sind die meisten Kantone unterdessen in die Gänge gekommen. Auch wenn vielerorts die Kupplung noch schleift. Trotzdem lassen immer mehr Kantone immer mehr Altersgruppen zur Impfung zu. Übrigens: Impfen lassen können sich etwa Pendelnde auch im Kanton ihres Arbeitsplatzes. Das ist unter anderem auch darum nötig, weil sich einige Firmen bei der Freistellung für Impfwillige extrem knausrig zeigen.

HÖHERES RISIKO

Noch sind viele Menschen im Homeoffice. Und verringern so die Wahrscheinlichkeit, sich oder andere anzustecken. Doch Hunderttausende von Lohnabhängigen haben diese Möglich-

Die Covid-Kranken werden immer jünger.

keit nicht. Zum Beispiel auf dem Bau, im Verkauf, in der Logistik und in der Pflege. Darum ist und bleibt es für die Pandemiebekämpfung zentral, sie weiterhin und besser bei der Arbeit zu schützen. Denn bereits im vergangenen Sommer sah es einige Wochen gut aus. Doch als Folge der von rechten Parteien, manchen Kantonen und Gewerbeverbänden durchgestierten Turbo-Öffnung lief die Schweiz in eine heftige zweite Welle. Der Bundesrat möchte diesen Fehler nicht wiederholen, sondern lässt sich mit weiteren Öffnungsschritten jene drei Wochen Zeit, die von der Wissenschaft empfohlen sind. Im Vergleich zu unseren Nachbarländern haben wir ja sowieso einen Büsi-Lockdown. Allerdings leider auch nur Büsi-Entschädigungsmassnahmen für die Betroffenen.

UNIA online

FOTO: UNIA

Strike for Future: Ökosozialer Umbau jetzt

Am 21. Mai gehen wir für eine lebenswerte Zukunft auf die Strasse, denn es braucht den ökosozialen Umbau. Am Strike for Future finden regionale Aktionen und Anlässe mit Schutzkonzepten statt. Infos gibt es unter:
www.unia.ch/klimastreik

Behörden ermitteln gegen die Confiserie Werth in Delémont

Monsieur Profiterole*

Die Mitarbeitenden arbeiten gratis, denn ihren Lohn zahlt der Staat: So wollte Confiseur Veya mit Corona-Hilfen tricksen. Er selber sieht das alles ganz anders.

CHRISTIAN EGG

Die Sache sei ihr von Anfang an lusch vorgekommen, sagt Carine Durand**. Normalerweise arbeitet sie zu 80 Prozent als Verkäuferin und im Service der Confiserie Werth in Delémont. Zu Beginn der Corona-Pandemie habe ihr Patron Roger Veya für sie Kurzarbeit angemeldet, obwohl das Geschäft nicht schliessen und sie weiterarbeiten musste.

Er habe alle rund 35 Mitarbeitenden zu einem Einzelgespräch geladen und seine Idee erklärt: Die Beschäftigten beziehen Kurzarbeitsentschädigung, 80 Prozent ihres Verdienstes. Doch sie arbeiten weiter. Ohne Lohn von ihm.

Das ist illegal. Kurzarbeitsentschädigung gibt's nur für Stunden, in denen die Mitarbeitenden nicht arbeiten können. Für alle gearbeiteten Stunden muss ihnen das Geschäft den vollen Lohn bezahlen.

SCHÖNER SCHEIN: Tolle Torten aus der Confiserie, aber auch schräge Tricks vom Patron.

MITMACHEN ODER TSCHÜSS

Confiserie-Chef Veya weist die meisten Vorwürfe gegen ihn zurück (siehe Kasten). Doch Verkäuferin Durand denkt, er sei sich seines Tuns voll bewusst gewesen: «Er räumte ein, er habe nicht das Recht, das zu tun. Aber er sehe keine andere Möglichkeit, den Betrieb zu retten. Entweder wir würden das akzeptieren, oder wir könnten gehen.» Fast alle hätten es geschluckt, sagt Durand. Auch sie. «Wer will schon mitten in der Pandemie den Job verlieren?»

«Wir haben alle genug von Veyas Mätzchen.»
BAPTISTE MOREAU, CONFISERIE-MITARBEITER

Zeitweise habe sie sogar mehr als ihr Pensum gearbeitet, immer wieder fünf statt vier Tage pro Woche. Ohne einen Franken Lohn, nur mit der Kurzarbeitsentschädigung von netto 1900 Franken pro Monat.

Ab Januar schalten mehrere Mitarbeitende die Unia ein. Die will von Veya wissen, was los sei. Doch der trickst weiter. Er beantragt beim Kanton auch noch Corona-Härtefallgelder für den Betrieb – und bekommt sie. Am 25. Februar trifft die Zahlung ein: 150 000 Franken. Und nicht nur Durand fragt sich: «Wofür hat er das Geld gebraucht?»

UND PLÖTZLICH: KONKURS!

Nur sechs Tage später, am 3. März, landet Veya den nächsten Coup: Er lässt die Firma in den Konkurs treiben. Wegen einer unbezahlten Rechnung von gerade mal 14 000 Franken. Damit wird es für die Mitarbeitenden noch schwieriger, ihre Löhne einzufordern. Für Verkäuferin Durand liegt es auf der Hand: «Den Konkurs hat er eingefädelt, um die Schulden los zu werden.»

Trotz Konkurs bleibt der Betrieb geöffnet. Denn flugs übernimmt eine neue Besitzerin das Geschäft. Laut Durand ist Veyas Freundin die neue Geschäftsführerin: «Aber nur auf dem Papier. Sie hat einen Schönheitssalon und keine Zeit für die Confiserie. Chef ist nach wie vor Roger Veya.»

Baptiste Moreau**, ein anderer Mitarbeiter, bestätigt: Trotz seinen Tricksereien sei Veya noch immer fast jeden Tag in der Confiserie: «Wirklich arbeiten sieht man ihn aber kaum. Er trinkt Kaffee und überwacht uns.»

Moreau hat zwar jetzt einen Arbeitsvertrag von der neuen Firma. Aber bis Redaktionsschluss noch keinen Franken Lohn gesehen, weder für März noch für April. Er sagt: «Wir haben alle genug von Veyas Mätzchen! Entweder er bezahlt subito, oder wir stellen die Arbeit ein.»

Im Unterschied zu Moreau stieg Durand schon im März aus. Nach dem Konkurs habe ihr Veya einen weiteren Trick vorgeschlagen, erzählt sie: «Ich solle mich arbeitslos melden und trotzdem für ihn arbeiten. Ende Monat gebe es jeweils ‹ein kleines Couvert›, wie er es ausdrückte.» Sie sagte Nein. Aber sie weiss: «Ende März hat er tatsächlich links und rechts Couverts mit Geld verteilt.» Aber nicht an alle.

DIE BEHÖRDEN ERMITTELN

Mitte April machte die Unia die ganze schräge Geschichte publik. Unia-Mann Patrick Cerf unterstützt jetzt die geprellten Mitarbeitenden, «etwa im Kontakt mit Behörden, damit sie trotz Konkurs zu ihren Löhnen kommen». Wenn nötig werde man auch gerichtlich gegen Veya vorgehen. Für den findet Cerf klare Worte: «Er hat allen etwas aufgetischt: nicht nur dem Staat, sondern auch den Mitarbeitenden. Damit ist jetzt Schluss.»

Und in der Tat: Sowohl der Kanton Jura als auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben in der Sache Ermittlungen aufgenommen. Zwar lieferte Veya falsche Stundenabrechnungen. Doch die Ämter fragten bei den Mitarbeitenden nach und kamen so dem Patron auf die Schliche. Das Ergebnis der Untersuchung steht noch nicht fest. Gut möglich, dass die Behörden am Schluss dem Confiseur Veya eine gesalzene Rechnung präsentieren.

Roger Veya: «Sie kamen freiwillig»

Zum Bschiss mit der Kurzarbeitsentschädigung schreibt Confiseur Veya: «Wir haben eine Art Rotation eingerichtet mit den Leuten in Kurzarbeit.» Einige Mitarbeitende in Kurzarbeit hätten «ihre Kollegen freiwillig unterstützt, ohne dass ich darum gebeten habe». Niemals habe er gesagt, wer nicht einverstanden sei, könne gehen, und auch nicht vorgeschlagen, dass Arbeitslose neben dem Stempeln schwarzarbeiten sollten. Auch habe er «immer die Löhne bezahlt».

ÜBERFORDERT. Er sei «sieben Tage pro Woche» im Betrieb, um «jeden Tag kämpfen zu können», sagt Veya, der den Betrieb 1997 mitgründete. Mit der Härtefallzahlung habe er die wichtigsten Lieferanten bezahlt «und jeden Tag gehofft, dass der Gläubiger im letzten Moment den Konkurs abwendet». Es stimme, dass seine Freundin bereits einen anderen Betrieb führe. «Aber sie führt auch die Konten der Confiserie.» Die neue Firma habe alle März- und Aprillöhne bezahlt. Und die Stundenabrechnungen, die er den Behörden geliefert habe, seien «nicht ganz falsch» gewesen. (che)

* beliebtes Süssgebäck, auf deutsch: Windbeutel
** Namen geändert

WERTH-LOS: Das Firmenschild ist mittlerweile entfernt; der Betrieb läuft unter neuem Namen weiter. Die Unia unterstützt die geprellten Werth-Mitarbeitenden.

FOTOS: UNIA, ZVG

la suisse existe
Jean Ziegler

MORD IN TANNAY

Kazem Rajavi, der blitzgescheite Professor für Politologie am Genfer Universitätsinstitut für Internationale Beziehungen und Delegierter der iranischen Volksmujahedin in der Uno-Menschenrechtskommission, holte gegen Mittag in der waadtländischen Kleinstadt Coppet seine Post ab. Dann fuhr er mit seinem alten Peugeot wieder zurück in sein Dorf Tannay, am Ufer des Genfersees. Einige Hundert Meter vor seinem Haus blockierten zwei Mietwagen der Marke Volvo seinen Weg. Die Mörder schossen aus israelischen Uzi-Maschinenpistolen. Sechzehn Kugeln durchschlugen den Peugeot, sechs trafen Kopf und Brust von Kazem. Er starb auf der Stelle.

Der Mord an Kazem war keine Einzelhandlung, vielmehr Teil eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

IRANISCHE AGENTEN. *Es war der 24. April 1990. Die Polizei wurde rasch fündig. Dreizehn Agenten des iranischen Geheimdienstes waren am Morgen dieses Tages mit der Swissair von Teheran eingeflogen. Sie verliessen Genf noch in derselben Nacht wieder.*
Warum der rasche Ermittlungserfolg? Eine Inspektorin der Genfer Kriminalpolizei, verheiratet mit einem Iraner, hatte die Mörder logistisch unterstützt und sie am Morgen und am Abend durch die Passkontrolle am Flughafen Cointrin geschleust. Seit längerem wurde ihr Telefon abgehört. Sie wurde verhaftet und gestand. Der waadtländische Untersuchungsrichter Roland Châtelain erliess einen internationalen Haftbefehl gegen die namentlich bekannten Mörder.
Kazem Rajavi war mein unvergesslicher, warmherziger Kollege und Freund, Mitglied der Sozialistischen Partei Genf.
Ein Blick zurück in die iranische Geschichte. Die Bewegung der Volksmujahedin kämpfte gegen die Diktatur von Schah Reza Pahlavi. Januar 1979: Die islamische Revolution bricht aus, Ayatollah Ruhollah Khomeini kehrt zurück aus seinem Exil in Paris. Die überlebenden Mujahedin werden seine Alliierten. Weniger als zehn Jahre später brechen sie mit der Tyrannei der Mullahs. 1988: Khomeini erlässt eine Fatwa, die sämtliche Mujahedin zum Tode verurteilt. Die islamistischen Mordkommandos töten in zwei Monaten mehr als 31 000 von ihnen.

KEINE VERJÄHRUNG. *Zurück in die Gegenwart. In diesem Januar stellte die Waadtländer Justiz das Verfahren gegen die mutmasslichen Mörder Kazem Rajavis ein. Denn in der Schweiz verjährt Mord nach dreissig Jahren. Doch die Waadtländer machten ihre Rechnung ohne den brillanten Genfer Anwalt und ehemaligen SP-Nationalrat Nils de Dardel. Im Namen der Familie Rajavi erhob er Rekurs. Der Mord an Kazem, argumentierte er, gehört in die lange Verbrechenskette, die 1988 in Teheran begonnen hatte. Er war keine Einzelhandlung, vielmehr Teil eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit. Und ein solches Verbrechen verjährt nie.*
Im April gab das Bundesgericht in Bellinzona de Dardel recht und wies den Bundesanwalt an, den Mord an Kazem weiterzuverfolgen. Damit hat das Urteil von Bellinzona historische Bedeutung. Denn es schafft neue Massstäbe für die internationale Strafjustiz.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neustes Buch ist: **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten.**

Mindestlohn-Kampagnen

Eine Erfolgsgeschichte

Vor 25 Jahren begann die grosse Gewerkschaftskampagne gegen Löhne, die nicht zum Leben reichen. Seither hat sich viel verändert.

RALPH HUG

1998 startete die Vorgängerin der Unia die Kampagne «Kein Lohn unter 3000 Franken». Mit Erfolg. Denn das Argument, dass Löhne zum Leben reichen müssen, leuchtet ein.

SOZIALARCHIV

Vor allem der Detailhandel geriet unter Druck und musste die tiefsten Löhne anheben. Später schlug die Unia wieder zu, mit der Anschlusskampagne «Kein Lohn unter 4000 Franken!»

2011 dann starteten die Gewerkschaften die Mindestlohninitiative. Diese forderte unter anderem einen gesetzlichen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde und 4000 Franken pro Monat als Untergrenze für alle. Zwar wurde sie 2014 abgelehnt, doch zeitigte sie, wie zuvor schon die Gewerkschaftskampagnen, Erfolge in der Arbeitswelt. Zwischen 2011 und 2014 wurden die Mindestlöhne in den Gesamtarbeitsverträgen GAV stark erhöht.

KEIN LOHNABSTURZ. Und wie sieht die Bilanz heute aus? Gemäss Unia-Berechnungen gibt es immer noch 535 000 Tieflohnstellen mit Löhnen, die tiefer liegen als 13 mal 4000 Franken. Vor allem in der Gastronomie, in der Hotellerie, im Detailhandel und in den Dienstleistungen wie Coiffure.

Aber der Anteil der Tieflohnjobs an der Gesamtzahl der Stellen beschränkt sich hierzulande auf rund 10 Prozent.

***KONSEQUENT:** Langfristiger Einsatz für den Mindestlohn.* FOTO: SOZIALARCHIV / KEYSTONE (2)

Anders als in Nachbarländern wie etwa Deutschland konnten die Gewerkschaften die Bildung eines breiten Tieflohnsektors verhindern. Das ist wohl einer der grössten sozialen Erfolge der letzten Jahrzehnte. Mindestlöhne in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) halfen mit, einen Lohnabsturz ins Bodenlose zu vermeiden. In den 117 GAV, welche die Unia unterzeichnet hat, gibt es nur 17 ohne Mindestlöhne. Und in 57 liegen die Mindestlöhne noch unter 4333 Franken.

Lohnuntergrenzen in GAV allein genügen eben nicht. Es braucht gesetzliche Mindestlöhne. Und zwar im ganzen Land.

Wie sie berechnet werden, wo sie gelten und für wen

Was Sie über Mindestlöhne mindestens wissen müssen

In immer mehr Kantonen gibt es gesetzliche Mindestlöhne. Nächstens auch in Basel und Zürich? work sagt, was dahintersteckt und was man wissen muss.

RALPH HUG

Wer hätte das gedacht? In den Kantonen breiten sich gesetzliche Mindestlöhne aus. Löhne, die kein Chef unterbieten darf. Noch vor wenigen Jahren sah es anders aus. Das Schweizer Volk lehnte die Mindestlohninitiative der Gewerkschaften ab.

Mit 76 Prozent. 22 Franken pro Stunde hätten es im Minimum sein sollen. Die Patrons jubelten. Doch sie hatten sich getäuscht. Es ist nämlich keineswegs so, dass die Bevölkerung etwas gegen Löhne hätte, die zum Leben reichen. Ganz im Gegenteil. Das zeigt die Geschichte seither. Inzwischen haben bereits vier Kantone Minimallöhne per Gesetz eingeführt. Es ist eine der grossen Erfolgsgeschichten der gewerkschaftlichen Linken.

Wo gibt es gesetzliche Mindestlöhne?

Im Jahr 2017 war Neuenburg der erste Kanton, der einen gesetzlichen Mindestlohn von 20 Franken erliess. Danach folgten Jura (2018), Tessin (2019) und Genf (2020). In Basel wird am 13. Juni über eine Mindestlohninitiative abgestimmt (siehe Artikel unten). Im Kanton Zürich haben die Gewerkschaften kommunale Volksinitiativen in Zürich, Winterthur und Kloten eingereicht.

Wie hoch sind die Mindestlöhne?

Im Kanton Neuenburg beträgt der Mindestlohn rund 20 Franken pro Stunde. Gleich viel sind es im Jura. Im Kanton Genf hiess das Stimmvolk einen Mindestlohn von 23 Franken gut, er gilt seit Ende 2020. Der Tessiner Mindestlohn wird auf Ende 2021 mit 19 bis 19.50 Franken eingeführt. Ein Jahr später steigt er auf 19.50 bzw. 20 Franken.

Warum ist er gerade so hoch?

Der Minimallohn beruht auf der Berechnung der Ergänzungsleistungen für die Lebenshaltungskosten. Das Prinzip heisst: Ein Lohn soll so hoch sein, dass er zum Leben reicht. Wie die meisten Löhne ist der Minimalstundenlohn als Bruttolohn definiert. Er kann auf Monatslöhne hochgerechnet werden. Ein Minimallohn von 23 Franken entspricht bei einer 42-Stunden-Woche etwa zwölf Monatslöhnen von 4182 Franken.

Sind gesetzliche Minimallöhne juristisch wasserfest?

Ja. In jahrelangen Prozessen hatten die Neuenburger Arbeitgeber versucht, den bereits 2011 beschlossenen gesetzlichen Mindestlohn zu kippen. Doch 2017 segnete das Bundesgericht einen Minimallohn von 20 Franken höchstinstanzlich ab. Mit der sozialpolitischen Begründung, er sei für die Armutsbekämpfung wichtig und daher ein zulässiger Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit.

Gilt ein gesetzlicher Mindestlohn für alle Branchen?

Es kommt darauf an, was im Gesetz steht. In Neuenburg gilt der Minimallohn in allen Branchen ausser der Landwirtschaft. Im Jura sind Branchen mit allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen (GAV) oder mit kantonalen Normalarbeitsverträgen vom Mindestlohn ausgenommen. Deshalb müssen die Gewerkschaften immer wieder dafür kämpfen, dass die 20 Franken pro Stunde nicht unterboten werden. Im Tessin sind Branchen mit allgemeinverbindlichen GAV nicht vom Mindestlohn erfasst. Der Genfer Minimallohn gilt hingegen ohne grössere Ausnahmen.

Beissen sich Mindestlöhne in GAV und gesetzliche Mindestlöhne?

Nein. Denn in Kantonen ohne gesetzliche Lohnuntergrenze verhindern nur Gesamtarbeitsverträge mit Lohnvorschriften ein Absacken der untersten Löhne. Diskussionen entstanden lediglich dort, wo der gesetzliche Mindestlohn höher liegt als der Minimallohn in einem GAV, etwa in der Gastrobranche.

Woher kommt die Rückkehr der Mindestlöhne?

Die Gewerkschaften lancierten in den 1990er Jahren die Kampagne «Kein Lohn unter 3000 Franken». Mit Erfolg. Unternehmen wie die Migros mussten die tiefsten Löhne anheben. In den nuller Jahren folgte die Kampagne für Mindestlöhne von 4000 Franken. So konnten die Gewerkschaften verhindern, dass sich ein breiter Tieflohnsektor bildet – im Gegensatz zum Ausland. Jetzt hilft die langjährige Skandalisierung unwürdiger Tieflöhne mit, dass in den Kantonen der Durchbruch mit gesetzlichen Mindestlöhnen gut gelingt.

Bekommt Basel-Stadt bald einen Mindestlohn von 23 Franken?

15 000 Arbeitende wären glücklich

Am 13. Juni stimmt Basel-Stadt als erster Deutschschweizer Kanton über einen gesetzlichen Mindestlohn ab.

CHRISTIAN EGG

Eigentlich ist es eine Selbstverständlichkeit: Von einer Vollzeitstelle sollte jeder und jede leben können. In einer wohlhabenden, wirtschaftlich erfolgreichen Region wie Basel sowieso. Und doch ist das für fast zehn Prozent der Arbeitenden nicht der Fall: Ihr Lohn liegt unter 4000 Franken pro Monat. Besonders oft trifft es Frauen und junge Menschen. Jede vierte Mitarbeiterin mit Vollzeitstelle gilt laut Statistik als «working poor». Und beim Einstieg

Besonders Frauen und Junge können von ihrem Lohn nicht leben.

ins Berufsleben werden viele junge Erwerbstätige in «Praktika» jahrelang unterbezahlt. Laut dem Bundesamt für Statistik sind alleine in Basel rund 15 000 Menschen von einem solchen Tieflohn betroffen. Jetzt soll mit dieser Lohndrückerei Schluss sein.

***BASEL, WÄHLE:** Fadengrade Initiative oder halbbatziger Gegenvorschlag.* FOTO: UNIA

KEIN PAPIERTIGER. Als erster Kanton in der Deutschschweiz könnte Basel-Stadt einen gesetzlichen Mindestlohn einführen. 23 Franken pro Stunde fordert eine Initiative, die am 13. Juni zur Abstimmung kommt. Eingereicht von Gewerkschaften, SP, Grünen und Juso. Ihr Argument: Für die Tieflöhne zahlen nicht nur die Beschäftigten einen hohen Preis, sondern auch die Allgemeinheit. Weil die Bevölkerung die staatlichen Unterstützungsleistungen via Steuern finanziert.

Mit einer Reihe von Bestimmungen sorgt die Basler Mindestlohninitiative dafür, dass sie nach Annahme kein Papiertiger wird. So sollen die 23 Franken jährlich an die Teuerung und die Lohnentwicklung angepasst werden. Die Löhne der Gesamtarbeitsverträge müssen sich nach dem staatlichen Mindestlohn richten. Und der Kanton muss für

«wirksame und flächendeckende Kontrollen» sorgen. Für fehlbare Firmen gibt es eine Busse bis 50 000 Franken, Wiederholungstäter bekommen keine öffentlichen Aufträge mehr – und der Kanton veröffentlicht eine schwarze Liste der Firmen, die sich nicht an den Mindestlohn halten. Dagegen laufen die rechten Parteien und das Basler Wirtschaftsestablishment Sturm.

GEGENVORSCHLAG. Deshalb hat das Kantonsparlament einen Gegenvorschlag zur Initiative beschlossen (work berichtete: **rebrand.ly/bebbi**). Mit einem Mindestlohn von nur 21 Franken und vielen Ausnahmen. So sollen etwa Gesamtarbeitsverträge, anders als bei der Initiative, den Mindestlohn unterbieten dürfen. Und für Mitarbeitende in Familienbetrieben, etwa in Quartierläden, solle der Mindestlohn auch nicht gelten.

Die Baslerinnen und Basler haben jetzt die Wahl.

Ökonom Thorsten Schulten über die neuen Töne aus Brüssel

Spektakuläre Wende bei den Mindestlöhnen

Grosse Wende in der EU: Sie will jetzt plötzlich gesetzliche Mindestlöhne fördern und Gesamtarbeitsverträge stärken. «Mindestlohn-Papst» Thorsten Schulten erklärt, warum.

ANZEICHEN EINER WENDE: Thorsten Schulten beobachtet international einen Anstieg der Mindestlöhne und räumt dem EU-Projekt «durchaus Chancen» ein. FOTO: ZVG

RALPH HUG

work: Thorsten Schulten, bricht bei der EU in Brüssel gerade die soziale Revolution aus?
Thorsten Schulten: Nein, das kann man nicht sagen. Wieso?

Es erstaunt uns zu hören, dass die EU-Kommission die gesetzlichen Mindestlöhne in den Mitgliedstaaten markant anheben will.
Es gibt tatsächlich Anzeichen für eine fundamentale Wende in der EU-Arbeitspolitik. Davon zeugt der neue Mindestlohn-Richtlinienentwurf der Europäischen Kommission. Er strebt angemessene Mindestlöhne für alle Beschäftigten in Europa an. Das sind neue Töne aus Brüssel.

Was ist denn unter «angemessenen Mindestlöhnen» zu verstehen?
Das sind Löhne, die den Arbeitnehmenden am Ort ihrer Arbeit einen angemessenen Lebensstandard ermöglichen. Kurz gesagt: Löhne, die zum Leben reichen. Oder, wie es im Englischen heisst, «living wages». Dafür gibt es anerkannte Indikatoren, etwa 60 Prozent des Bruttomedianlohns oder 50 Prozent des Bruttodurchschnittslohns.

Aber davon sind die derzeitigen Minimallöhne doch weit entfernt, oder nicht?
Ja, die Spanne reicht von Bulgarien mit 2 Euro Stundenlohn bis zu den 12,73 Euro in Luxemburg. Auch Deutschland mit seinen 9,50 Euro

«In Deutschland könnten 6,8 Millionen Arbeitnehmende profitieren, in Spanien 4,1 Millionen, in Polen 3,9 Millionen.»

liegt unter der Grenze angemessener Entlohnung. Wir erreichen nur 48 Prozent des Bruttomedianlohns. Für die anerkannten 60 Prozent des Bruttomedianlohns müsste der Mindestlohn auf 12 Euro angehoben werden. Nur Frankreich und Portugal liegen über dieser Grenze.

Sind grosse Lohnanpassungen überhaupt realistisch?
Es hat immer wieder markante Erhöhungen gegeben, zum Beispiel in Spanien, wo der Mindestlohn in den letzten Jahren um mehr als 30 Prozent anstieg. Negative Folgen für die Beschäftigung stellten sich entgegen den Befürchtungen der Arbeitgeberseite nicht ein, sehr wohl aber positive Effekte für die Konjunktur. Höhere Löhne verschaffen ja auch Kaufkraft und kurbeln das Wirtschaftswachstum an. Kommt das Vorhaben der EU-Kommission durch, könnten allein in Deutschland 6,8 Millionen Arbeitnehmende, in Spanien 4,1 Millionen und in Polen 3,9 Millionen davon profitieren. In manchen Ländern würden die Lohnzuwächse sicher nicht in einem Schritt, sondern auf mehrere Jahre verteilt werden.

Warum diese spektakuläre Wende? Noch während der Finanzkrise wollte die EU die Mindestlöhne senken und die Gewerkschaften schwächen.
Die EU hat in den letzten Jahren viel an Legitimität und Vertrauen eingebüsst. Siehe Griechenland, Brexit, Rechtspopulismus oder die vielen Anti-EU-Parteien in Europa. Brüssel hat begriffen, dass man durch eine sozialere Politik das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen muss. Die Mindestlohn-Richtlinie ist wohl das wichtigste Projekt einer neuen Politik, die auf die Stärkung der sozialen Säulen abzielt.

Da haben aber die Arbeitgeber und Rechtskreise etwas dagegen!
Klar gibt es grosse Widerstände. Gegen höhere Mindestlöhne stellt sich eine spezielle Allianz aus neoliberal regierten Ländern wie Österreich und den Niederlanden im Verein mit den rechtspopulistischen Polen und Ungarn sowie den sozialdemokratischen Dänemark und Schweden.

Wieso machen ausgerechnet SP-regierte Staaten Opposition gegen eine Mindestlohn-Richtlinie?
Das hat mit der sozialpartnerschaftlichen Tradition in diesen Ländern zu tun. Sie fürchten um ihr bisheriges Modell, in dem die Löhne durch Tarifverhandlungen und nicht durch den Staat festgelegt werden. Solche Vorbehalte findet man bei manchen Gewerkschaften. Auch in Deutschland gab es lange Zeit starke Widerstände gegen gesetzliche Mindestlöhne, etwa bei den Industriegewerkschaften. Inzwischen hat sich das aber geändert. Heute unterstützen alle Gewerkschaften im DGB angemessene Mindestlöhne zur Existenzsicherung.

Mit Gegnern ist also zu rechnen.
Welche politischen Chancen geben Sie der neuen Richtlinie?
Das Projekt ist sehr umstritten, aber es hat durchaus eine Chance. Höhere Mindestlöhne sind auch im aufgeschlossenen Flügel der Konservativen salonfähig. Gelingt es, diese ins Boot zu holen, so kann die Richtlinie durchkommen. Sie ist ja teils auch ziemlich vage formuliert. Es wird vor allem auf Deutschland und Frankreich ankommen. Wünschenswert wäre, wenn etwa der französische Präsident Emmanuel Macron den Mindestlohn für seinen Wahlkampf im nächsten Jahr entdecken würde. Er könnte damit im Kampf gegen die Rechtsextremen sozial punkten.

«Brüssel hat begriffen, dass man durch eine sozialere Politik das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewinnen muss.»

Sie haben das Thema Mindestlöhne während Jahren untersucht. Stimmt es, dass sie sich im Aufwind befinden?
Ja, seit einigen Jahren stellen wir einen markanten Anstieg der Mindestlöhne fest, auch wenn dieser jetzt durch die Corona-Pandemie etwas gebremst wird. Dies zeigen die Zahlen, aber auch die sozialen Bewegungen und Kampagnen, die bessere Löhne fordern. Denken Sie an «Fight for Fifteen» in den USA, die sich für einen Stundenlohn von 15 Dollar einsetzt. Und in den Niederlanden fordert eine gewerkschaftliche Kampagne einen Mindestlohn von 14 Euro.

Die Gewerkschaften in der Schweiz versuchen jetzt, Mindestlöhne in den Kantonen durchzusetzen …
Wenn es auf der nationalen Ebene nicht klappt, muss man es halt darunter versuchen. In den USA gab es seit elf Jahren keine Anpassung des Mindestlohns mehr. Alle Vorstösse sind an der republikanischen Mehrheit im Senat gescheitert. Bei Ihnen in der Schweiz fiel ja die Mindestlohninitiative im Jahr 2014 durch. Ich habe damals bei den Gewerkschaften referiert und war über den Ausgang der Volksabstimmung sehr enttäuscht. Umso schöner, wenn es jetzt kantonale Erfolge gibt.

Erstaunlich, dass die EU nicht nur höhere Mindestlöhne anstrebt, sondern sogar die Gesamtarbeitsverträge stärken will. Warum das?
Die EU hat eben eingesehen, dass das Tarifsystem – also Gesamtarbeitsverträge – kein Wettbewerbshindernis ist, sondern die Entwicklung einer Wirtschaft fördert, die allen dient, und auch ein Mittel gegen Ungleichheit ist. Daher ist vorgesehen, dass alle Länder, in denen die Tarifbindung unter 70 Prozent liegt, aktiv werden müssen. Die Regierung muss mit den Sozialpartnern einen Aktionsplan entwickeln, wie das Tarifsystem gefördert werden kann.

Welche Massnahmen stehen dabei im Vordergrund?
Denkbar sind Massnahmen, die es erleichtern, dass Tarifverträge allgemeinverbindlich werden. Oder dass bei öffentlichen Aufträgen Treuevorgaben formuliert werden – den Auftrag bekommt dann nur, wer den Tarif einhält.

Thorsten Schulten:
Mindestlohn-Papst

Prof. Dr. Thorsten Schulten (55) gilt als «Mindestlohn-Papst» im deutschsprachigen Raum. Kaum jemand hat so viel zum Thema Mindestlöhne geforscht wie er. Zahlreiche Publikationen zeugen davon. Schulten arbeitet seit 1997 bei der deutschen Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf, einer Institution des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB). Er leitet dort das Tarifarchiv des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI). Schulten ist Politologe, Soziologe und Ökonom und lehrt zudem an der Universität Tübingen.

Im zweiten Pandemiejahr liessen sich die Gewerkschaften die Strasse nicht mehr nehmen

So war der 1. Mai: Kreativ und kämpferisch

Schon zum zweiten Mal fand der 1. Mai unter Pandemiebedingungen statt. Doch die Lohnabhängigen lassen sich die Strasse nicht nehmen. work war vor Ort – und im Netz.

PATRICIA D'INCAU, CHRISTIAN EGG, RALPH HUG, JONAS KOMPOSCH, MARIE-JOSÉE KUHN, CLEMENS STUDER, ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Basel: Linksvortritt
Basel erlaubt, was in vielen Städten verboten ist, nämlich einen Umzug zum 1. Mai. Rund 1500 Menschen nehmen daran teil. Sie kommen als Gruppen und Grüppchen, so farbig wie das Leben: Büezer, Kurdinnen, der schwarze Block. Auffällig in gelben T-Shirts und mit ebensolchen Luftballons ist eine Gruppe von fast 200 Sans-papiers. Weiss sind die Ballons der Unia. Darauf steht «23.–». Über diesen gesetzlichen Mindestlohn stimmt Basel am 13. Juni ab (siehe Seite 8). Auf halber Strecke vom Messeplatz zur Mittleren Brücke übertönen plötzlich Veloklingeln die Musik aus den Demo-Lautsprechern. Aus einer Seitenstrasse kommt die Velodemo der Klimabewegung angerollt, gut hundert Menschen auf ihren Zweirädern. Sie halten an und gewähren dem 1.-Mai-Umzug Linksvortritt. Dann schliessen sie sich der Demo an.

Bern: Postenlauf im Nass
Weil die traditionelle Grosskundgebung nicht möglich war, organisierten die Berner Gewerkschaften einen sogenannten Postenlauf vom Aussenquartier Bümpliz bis in die Innenstadt. An Marktständen – in Bern «Märitstand» genannt – informierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter über die aktuellen Bedürfnisse der Lohnabhängigen. Trotz heftigem Regenwetter und eher frischen Temperaturen kam eine warme Stimmung der Solidarität auf. Zur «Abschlusskundgebung» auf dem Bundesplatz fanden sich – planungsgemäss – nur ein gutes Dutzend Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertreter ein.

Thun: Riesentranspis & Frauen
18-Meter-Transparente, Konfettibomben und Berichte aus dem Arbeitsleben: Auch in Thun ist der 1. Mai heuer zurück. Und zwar gleich doppelt! Schon fast zwei Stunden vor Beginn des regulären Programms trotzen rund 40 Frauen, Männer und Kinder dem strömenden Regen. Und kommen im Hinterhof der Unia Berner Oberland zusammen. Unter freiem Himmel, mit Masken, Desinfektionsmittel und Abstand. Gesäumt von fünf handgemalten (!) Riesenbannern, die vom Unia-Gebäude flattern. Später geht's dann im spontanen Demonstrationszug zum «offiziellen» 1. Mai am Thuner Rathausplatz.

Die Botschaft: «Der 1. Mai ist unser Tag.» Das Motto: «Wir zahlen eure Krise nicht!» Und im Mittelpunkt an diesem Nachmittag: Frauen, die aus ihrem Corona-Alltag im Verkauf und im Gastgewerbe berichten. Wie Köchin Angela, die seit Jahren auf ihrem Beruf arbeitet, sogar Lernende ausbildet und trotzdem nur 100 Franken mehr als den Mindestlohn verdient. Sie sagt: «Ich liebe meinen Job.» Aber wenn vom sowieso schon mageren Lohn wegen Kurzarbeit nur noch 80 Prozent reinkämen, werde es knapp.» Genauso bei Verkäuferin Jasmin, die in Interlaken arbeitet. Als dort wegen Corona die ausländischen Gäste ausblieben, hatten die Folgen die Angestellten zu tragen: Stundenlöhnerinnen wie Jasmin bekamen kaum mehr Arbeitseinsätze. Und damit auch viel weniger Lohn.

St. Gallen: Junge auf der Gasse
Acht Grad und Nieselregen, da sind nur noch die Wetterfesten unterwegs. Am diesjährigen 1. Mai sind dies vor allem die Jungen. Sie prägen das Gesicht der Kundgebung mit Parolen wie «St. Gallen gehört allen», «Mehr Punk, weniger Bank!» oder «Fight the Power, Smash the State». Die Alten bleiben, wohl auch wegen Corona, ebenso zu Hause wie die «Banda», die sonst Jahr für Jahr die Demo mit den Klängen der «Internationale» erfreut. Hauptrednerin Mattea Meyer, Nationalrätin aus Winterthur und Co-Präsidentin der SPS, fordert mehr Solidarität, geisselt die wachsende Ungleichheit und sagt: «Es ist Zeit für einen linken Aufbruch!» Links zu sein bedeute 2021 mehr denn je, sich für die Hoffnung zu entscheiden. Ziemlich direkte Worte findet darauf die St. Galler Juso-Frau Anna Miotto, sie ist auch beim Klimastreik aktiv: «Wir haben das alles verdammt satt. Lasst uns Seite an Seite gegen dieses Scheisssystem ankämpfen!»

Youtube: Online kämpferisch
Auch dieses Jahr muss der zentrale Anlass der Gewerkschaften zum 1. Mai online stattfinden, moderiert von Syndicom-Mann David Roth und VPOD-Frau Natascha Wey. Unia-Präsidentin Vania Alleva fordert einen Mindestlohn. Entweder im Gesetz oder in den GAV. Ausserdem brauche es höhere Renten und Lohngleichheit.

Auch SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer betont die Wichtigkeit eines starken Sozialstaates. Zur Altersreform 2021 mit Erhöhung des Frauenrentenalters sagt sie: «Was vorliegt, ist eine riesige Frechheit: Den Bürgerlichen kommt nichts Gescheiteres in den Sinn als Rentenabbau. Zwei Jahre nach dem Frauenstreik lässt man uns wieder bezahlen.»

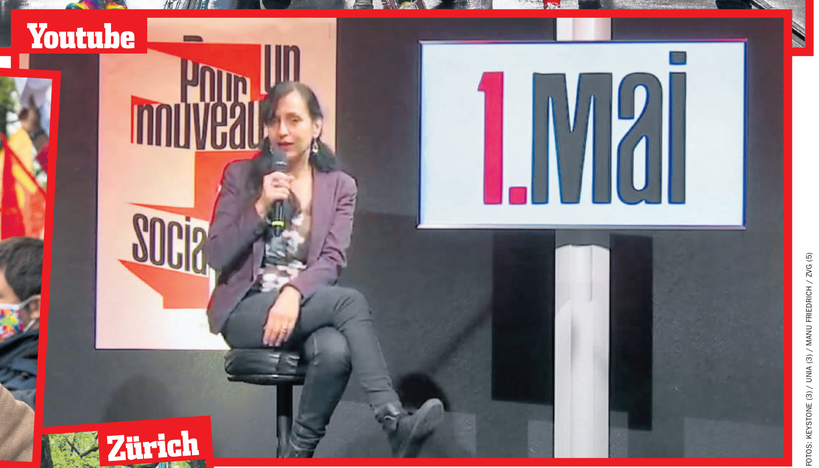
Luca Visentini, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes, sagt: «Wenn wir keine soziale Wende schaffen, haben wir alle verloren: Wir müssen alle Sparprogramme über den Haufen werfen. Nötig ist ein ökologischer und digitaler Wandel, der niemanden zurücklässt.»

Ex-SGB-Präsident Paul Rechsteiner betont, wie der Europäische Gewerkschaftsbund den Kampf der Schweizer Gewerkschaften gegen die Demontage des Lohnschutzes voll und ganz unterstützt. «Der Kampf um bessere Löhne, Mindestlöhne muss weitergehen, es ist ja auch ein Kampf um Köpfe und um Herzen, auch im Rahmen der Digitalisierung.»

SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard fordert einen ökonomischen Plan aus dem Lockdown hinaus. Es brauche Massnahmen, um die Kaufkraft zu stärken. Aus so einer grossen Krise komme man nicht ohne den Staat hinaus.

Zürich: Hämmer und ein Kessel
Traditionell feiert die Limmatstadt den Tag der Arbeit en masse. Doch heuer ist es erneut ein 1. Mai en miniature. Das Volksfest bleibt aus. Und statt der gewöhnlich über 15 000 Personen beteiligen sich am morgendlichen Umzug lediglich 100. Also gerade so wenige, wie die Polizei erlaubt – oder präziser – die bürgerliche Kantonsregierung. Diese setzt sich seit Monaten über die bundesrätliche Corona-Verordnung hinweg, in der es heisst: «Bei Kundgebungen gilt keine Begrenzung der teilnehmenden Personen.» Doch aus epidemiologischen Überlegungen verzichtet der Zürcher Gewerkschaftsbund ohnehin auf einen Grossevent. Stattdessen finden dezentrale Aktionen statt.

Auf dem Lindenhof etwa versammeln sich rund 80 Schreinerinnen und Schreiner von Unia und Syna. Hämmerschwingend protestieren sie gegen den Schreinermeisterverband, der sich nach wie vor gegen ein Vorruhestandsmodell sträubt, deshalb den Gesamtarbeitsvertrag auslaufen liess und nun sogar Verhandlungen verweigert. Unterstützung für die «Holzigen» gibt es unter anderem von SP-Nationalrat Cédric Wermuth. Keine Hämmer im Spiel sind dagegen am Nachmittag, als im Kreis 4 rund tausend Personen doch noch eine Demo wagen. Trotzdem macht ein polizeiliches Grossaufgebot samt Helikopter und Gummischrotschützen den Marsch zum sportlichen Quartierrundlauf. Und beendet diesen mit einem Kessel und Wegweisungen aus dem gesamten Stadtgebiet.



FOTOS: KEYSTONE (3) / UNIA (3) / MANU FRIEDRICH / ZVG (5)

Neuer «Widerspruch»

Aufbruch der Jugend

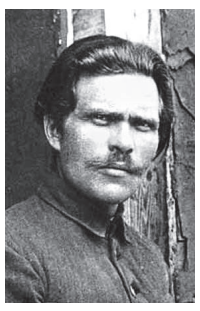
Global ist der Übergang ins Erwachsenenleben durch wirtschaftliche, soziale und politische Krisen erschwert. Die Folge sind explosive Proteste, an deren Spitzen Jugendliche stehen. Aber auch sonst ist Jungsein eine intensive Zeit voller erster Male. Und Corona- und Klimakrise stellen abermals hohe Anforderungen ans Erwachsenwerden. Umso mehr Mut braucht es, neue Wege zu beschreiten. Hierbei helfen will der «Widerspruch». Die sozialkritische Schweizer Halbjahresschrift widmet ihre neuste Ausgabe ganz der Jugend. Mit Beiträgen der Unia-Sekretärinnen Joëlle Racine und Kathrin Ziltener.

Widerspruch – Beiträge zu sozialistischer Politik, 76: Jugend – aufbrechen, scheitern, weitergehen, Rotpunktverlag 2021, 200 Seiten, CHF 25.–.
www.widerspruch.ch

Nestor Machno

Guerrillero der Ukraine

Was brachte die russische Revolution nicht alles für Gestalten hervor! Zum Beispiel Nestor Machno: Schon als junger Bauernknecht schloss er sich den Anarchisten an und landete noch minderjährig im Todeskerker des Zaren. Dort sass er sieben Jahre, bis ihn die Februarrevolution 1917 befreite. Zurück in seiner ukrainischen Heimat, wurde Machno als Held gefeiert. Und zum Vorsitzenden der Metallgewerkschaft und des Bauernrates gewählt. Dann brach Krieg aus. An vorderster Front: Machno mit seinem reitenden Partisanenheer, der «Schwarzen Armee». Sie lehrten die deutschen Imperialisten das Fürchten, ebenso die konterrevolutionären «Weissen». Aber auch Lenins Rote Armee bekämpfte Machno. Warum, erzählt jetzt ein geniales Radiofeature.



Nestor Machno, 1921. FOTO: WIKIPEDIA

Erinnert euch an mich – Nestor Machno und seine ukrainische anarchistische Volksarmee, Deutschlandfunk 2017, 42 Minuten, online unter: **rebrand.ly/machno**

Gig-Economy-Boom

Digitale Tagelöhner

Sie sind aus keinem Stadtbild mehr wegzudenken: die Essenslieferantinnen und -lieferanten von Uber Eats und Konsorten. Sie arbeiten als Scheinselbständige, sind ohne sicheres Einkommen, ständig auf Abruf und vor allem: immer online. Denn wer zu viele Aufträge verpasst, fällt aus dem System. Genauso jene, die ungenügende Kundenbewertungen erhalten – die Tyrannei des Algorithmus! Und das Modell «Onlinejob» wächst rasant, immer mehr Branchen «uberisieren». Laut Expertinnen werden schon im Jahr 2025 eine halbe Milliarde Menschen mit online ergatterten Kleinaufträgen über die Runden kommen müssen. Einige dieser digitalen Tagelöhner hat Arte mit der Kamera begleitet. Das Resultat erschüttert. Und ermutigt zugleich.

Arbeit auf Abruf – digitale Tagelöhner, Arte 2021, 87 Minuten, online unter: **rebrand.ly/aufabruf**

Studien belegen: Corona verstärkt die soziale Ungleichheit

Vor dem Virus sind wir nicht alle gleich

Die Pandemie macht die Armen ärmer und die Reichen reicher. Und zwar massiv.

RALPH HUG

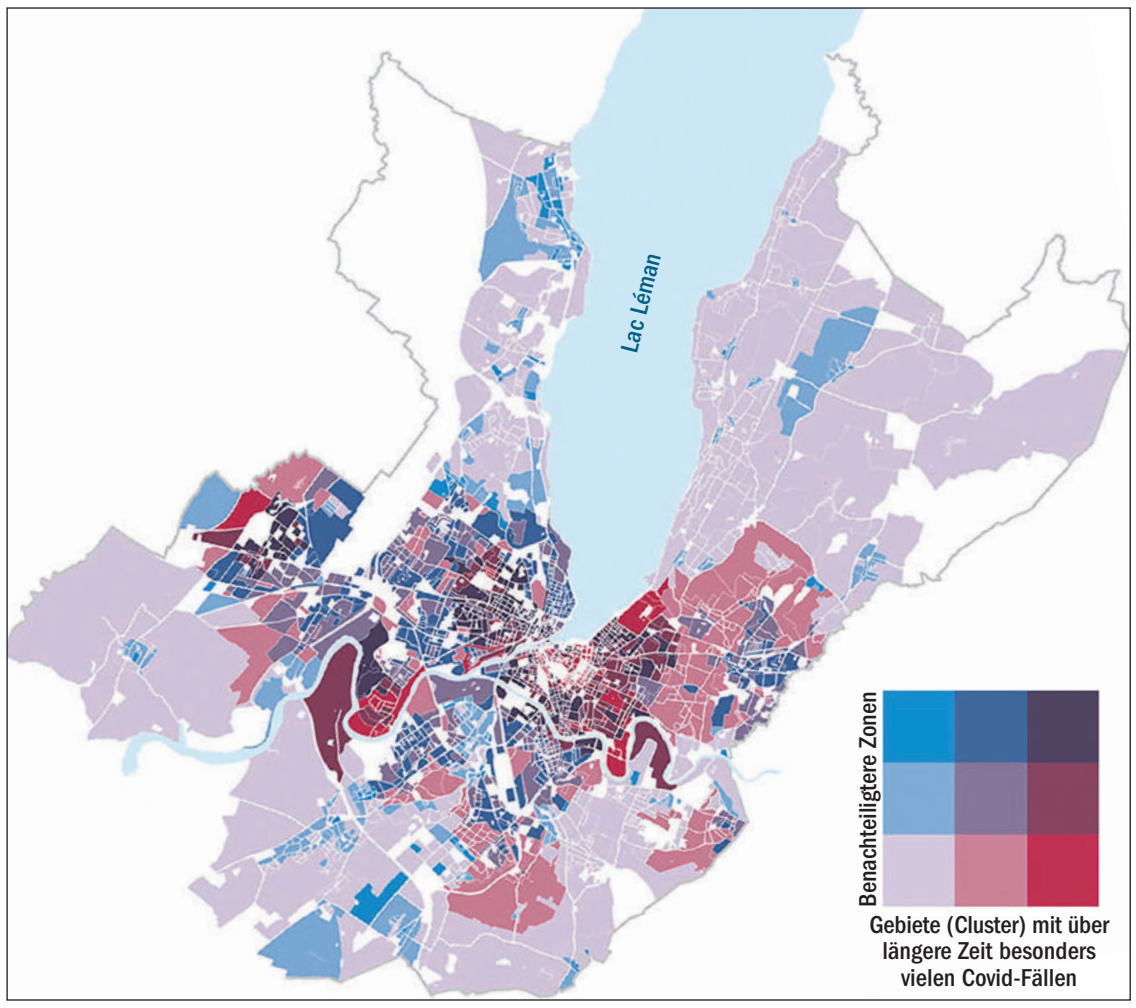
Wer vor der Corona-Pandemie untendurch musste, wird es wohl nachher erst recht müssen. Und wer sorgenfrei lebte, hat womöglich noch mehr Geld auf dem Konto. Der Berner Epidemiologie-Professor und Ex-Präsident der Corona-Taskforce des Bundesrats, Matthias Egger, hat jetzt untersucht, wie sich Corona auf Arm und Reich auswirkt.* Sein Team nahm sowohl Tests als auch Spitaleinweisungen und Todesfälle unter die Lupe. Was herauskam, rapportierte kürzlich die «Sonntagszeitung»: Von den zehn Prozent der ärmsten Menschen lagen doppelt so viele Leute auf der Intensivstation wie aus der Schicht der reichsten zehn Prozent. Den Grund dafür sieht Egger in den schlechteren gesundheitlichen und sozialen Voraussetzungen, denen Menschen mit geringen Einkommen ausgesetzt sind. Diese haben zum Beispiel mehr Vorerkrankungen, was wiederum ein Risiko für schwere Covid-Verläufe ist. Ausserdem leben sozial Schwache oft in beengten Wohnverhältnissen, welche die Ansteckung fördern. Und die meisten prekären Jobs lassen sich nicht virenfrei im Homeoffice erledigen.

Soziale Tatsachen bleiben in der Schutzpolitik gegen Covid-19 oft unterbeleuchtet.

KEINE ZEIT FÜRS TESTEN

Soziale Tatsachen bleiben in der Schutzpolitik gegen Covid-19 oft unterbeleuchtet. In den Impfzentren erscheinen hauptsächlich Leute mit Zeit und Musse, die auch mit der digitalen Anmeldung klarkommen, während andere, die Schicht arbeiten müssen oder vom Chef gar nicht freibekommen, seltener zur Coronaimpfung antraben. Läuft die Impfkampagne also an den Unterprivilegierten vorbei? Erreicht sie gerade jene nicht, welche die grössten Gesundheitsrisiken tragen?

Auf diese Gefahr hat die Unia schon früh aufmerksam gemacht. Christine Michel, Fachsekretärin für den Gesundheitsschutz, hält fest: «Die soziale Lage der Menschen spielt in der Pandemie eine grosse Rolle. Menschen mit tiefen Löhnen und in prekären Arbeitsverhältnissen werden überdurchschnittlich hart getroffen.» Zu dieser Erkenntnis gelangen diverse Studien. So eine aus dem Genf Unispital, die nachweist, dass das Virus in ärmeren Quartieren stärker um sich greift als in gehobenen. Die Studie konnte auch nachweisen, dass sogenannte Cluster, also Häufungen von Krankheitsfällen, in ärmeren Quartieren länger präsent bleiben als in reicheren. In Basel fand eine Studie des Unispitals heraus, dass sich das Virus in den reicheren Gegenden weniger stark verbreitete als in den Ballungszentren der Innenstadt, wo es noch viele Altbauten mit tieferen Mieten für Leute mit geringen Einkommen gibt. Überall, wo es eng ist, hat eine Pandemie leichtes Spiel.



CORONA IN GENF: Je benachteiligter ein Quartier, desto länger dauert es, bis sich die Covid-Cluster, also die Ansteckungsherde, wieder auflösen. FOTO: UNIVERSITÄTSSPITAL GENF

REICHE KONNTEN SPAREN

Das Virus verstärkt insgesamt die Ungleichheit. Das sagt auch die Konjunkturforschungsstelle der ETH (KOF) in einer Studie. Die Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung seien stärker von der Krise betroffen als Haushalte mit mehr Geld. Wer nur 4000 Franken verdient, wie viele Angestellte in der Gastronomie oder im Detailhandel, musste einen Verlust von etwa 20 Prozent in Kauf nehmen, manchmal gar 50 Prozent. Bei Monatseinkommen von mehr als 16 000 Franken betrug der Rückgang jedoch bloss 8 Prozent. Rund ein Drittel der Befragten aus Haushalten mit Einkommen unter 4000 Franken verloren den Job oder mussten Kurzarbeitsgeld beziehen. Reichere verloren dagegen kaum Geld, sondern konnten dank geschlossenen Läden sogar noch sparen.

Daher fordert die Unia: «Die soziale Gerechtigkeit muss stärker ins Zentrum unseres Diskurses rücken.» Zeit dafür bleibt genug. Denn die Pandemie ist alles andere als vorbei.

* Die Studie des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Bern: **www.ispm.unibe.ch**

work 1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart

MEHR ARBEITSLOSE, WEIL PENSIONSKASSEN WENIGER GELD HABEN

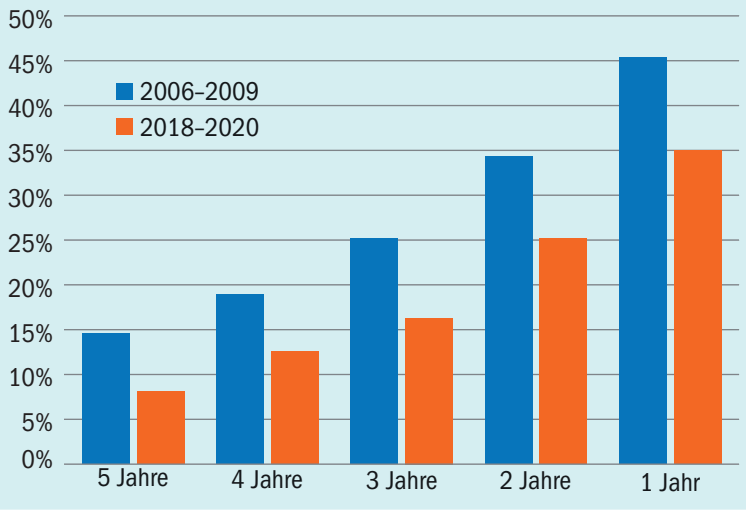
Für die älteren Arbeitnehmenden ist es in den letzten Jahren härter geworden. Die Coronakrise hat die Probleme noch verstärkt. Die Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den Ü60, steigt beunruhigend stark an.

RESERVEN. Eine Ursache dieser Probleme sind die Pensionskassen. Schuld daran sind allerdings nicht die Pensionskassenbeiträge, die mit dem Alter etwas steigen. Sondern es sind die tieferen Erträge der Pensionskassen aus ihren Anlagen. Weil diese heute weniger sprudeln als in den Jahren mit höheren Zinsen, ist weniger Geld für Frühpensionierungen vorhanden. Die Pensionskassen brauchen ihre Reserven heute immer häufiger, um im Tiefzinsumfeld ihre Rentenversprechen einzulösen.
Frühpensionierungen sind ein wichtiges Instrument in der Personalpolitik, um Entlassungen zu verhindern. Sei es bei Umstrukturierungen, bei gesundheitlichen Problemen von Mitarbeitenden oder bei konjunkturellen Einbrüchen. Heute sind rund ein Viertel der Arbeitnehmenden zwei Jahre vor dem ordentlichen Rentenalter in Pension. In den Jahren 2006 bis 2009 waren es hingegen mehr als ein Drittel.

ARBEITNEHMENDE BEZAHLEN. Doch zurück zu den mit dem Alter steigenden Pensionskassenbeiträgen. Dass diese für die steigende Arbeitslosigkeit verantwortlich seien, ist nicht überzeugend. Denn bei den Pensionskassenbeiträgen hat sich im Laufe der Zeit nichts geändert.
Sie sind bereits früher mit dem Alter gestiegen. Ohne dass die Arbeitslosigkeit bei den Älteren damals zugenommen hat. Studien zeigen zudem, dass die Arbeitgeber diese höheren Beiträge auf die Arbeitnehmenden überwälzen. Sie werden von den Angestellten und nicht vom Arbeitgeber bezahlt.
Auf Druck der Gewerkschaften hat der Bund eine Überbrückungsrente ab Alter 60 eingeführt. Diese neue Sozialversicherung kann auch als Teilersatz für die schlechteren Frühpensionierungschancen gesehen werden. Wenn die Pensionskassen weniger leistungsfähig sind, braucht es eine andere Lösung.

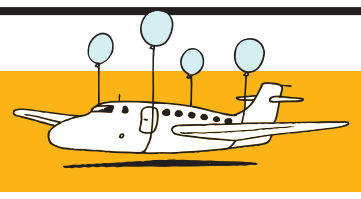
Immer weniger Menschen gehen in Frühpension

Anteil Frühpensionierte nach Anzahl Jahren vor dem ordentlichen Rentenalter



Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Flieger & Impfstoffe: Es verändert sich unheimlich viel unheimlich schnell

LUFTSCHLOSS? NEIN, NAHE ZUKUNFT: Dank neuer Batterietechnologie soll bald auch das E-Fliegen selbstverständlich werden. FOTO: BYE AEROSPACE

Noch vor einem Jahr hätte sich niemand vorstellen können, dass in Visp VS jeden Tag eine Million Impfdosen gegen Corona produziert würden. Ebenso können wir uns heute nicht vorstellen, dass wir schon bald direkt, umweltfreundlicher und erst noch günstiger von Grenchen Süd SO nach Sarajewo fliegen können. Doch das könnte schneller klappen, als wir denken.

Der Schweizer Impfpapst Christoph Berger ging vor einem Jahr noch davon aus, dass vor Mitte 2021 niemand in der Schweiz geimpft werde. Doch alles kam anders, auch wenn sich die Produktion des Moderna-Impfstoffes bei Lonza in Visp etwas verzögert. Dies, weil Lonza-Präsident Albert Baehny zu viele Fehler gemacht hat. Der Problembär hat den erfolgreichen Lonza-CEO Richard Riedinger verjagt. Und kurz darauf auch den von ihm selber ernannten Nachfolger Mark Funk. Dieser kannte sowohl die Lieferantinnen und Lieferanten als auch die Kundschaft der Lonza wie seinen Hosensack.

In der für die Produktion des Moderna-Impfstoffes entscheidenden Phase war Baehny gleichzeitig Präsident des Lonza-Verwaltungsrates und CEO in einem. Und vergass, genügend Personal zu rekrutieren und genügend Wirkstoffe zu organisieren. Plus eine nur 12 Millionen Franken teure Verpackungsstrasse in Visp bauen zu lassen.

Stattdessen beschäftigte er sich mit dem Verkauf der Chemiesparte an Heuschrecken. Er verkaufte sie mit rund 1800 Jobs in Basel und Visp an die beiden US-britischen Finanzinvestoren Bain Capital und Cinven (work berichtete: **rebrand.ly/lonzachemie).**

BERSET & BAEHNY. Jetzt will Bundesrat Alain Berset Lonza-Baehny helfen, die fehlenden Fachleute aufzutreiben. Ausgerechnet jener Alain Berset, den Baehny eben noch öffentlich angegriffen hatte. Stinkfrech hatte dieser behauptet, er habe Berset – in Absprache mit Moderna – eine vierte Schweizer Impfstrasse in Visp offeriert. Für diese faktenfreie Geschichte gab und gibt es nicht den geringsten Hinweis, nicht einmal eine schriftliche interne Aktennotiz.

Der für Europa zuständige Chef von Moderna, Dan Starner, duschte Baehny schliesslich kalt ab, indem er sagte, es habe nie Gespräche über eine vierte Impfstrasse gegeben.

Der öffentliche Druck auf die Lonza stärkt nun die Position der Gewerkschaften in Visp: Die Arbeitsbedingungen und die Löhne haben dort Luft nach oben. Denn ohne motivierte Lohnabhängige können die Rückstände in der Impfproduktion nicht aufgeholt werden. Hoffen wir, dass alles stabil zum Laufen kommt. Dies im Kampf gegen die mutierenden Coronaviren, die sich im Gegensatz zu den Zügen der SBB an keine Fahrpläne halten.

E-FLYER 800. Wir leben in einem Zeitalter, wo sich unheimlich viel unheimlich schnell verändert. Auch in der Fliegerei. So will das US-amerikanische Unternehmen Bye-Aerospace dank neuen, effizienteren Batterien bereits 2025 einen Flieger für 9 Personen auf den Markt bringen, der vieles ändern könnte:

- **Vorteil Reichweite und Geschwindigkeit:** Der Flieger soll 900 Kilometer weit fliegen können. Und dann noch eine Reserve für 45 Flugminuten aufweisen. Und der «eFlyer 800» ist erst noch 500 Kilometer schnell.
- **Vorteil Sicherheit:** Die zweimotorige Maschine verfügt gemäss Konzept über vier getrennte Batteriepakete und gleich viele Antriebsstränge. Sie kann zur Not auch mit nur einem Propeller fliegen. Und wenn alles versagt, retten Fallschirme das Flugzeug und die Passagiere.
- **Vorteil Kosten:** Die Maschine soll in der Anschaffung nicht mehr als 6 Millionen Dollar kosten. Gleich viel wie eine traditionelle zweimotorige Turboprop-Maschine. Und verglichen mit heutigen Kerosinverbrennern nur einen Fünftel (!) der Betriebskosten aufweisen.

Optimistischer Blick in diese Glaskugel des technischen Fortschritts: Vom Flughafen Sarajewo hebt 2026 eine kleiner, feiner «eFlyer 800» mit 8 Passagieren an Bord ab. 2 Stunden später landen die entspannten Fluggäste relativ leise und erst noch sicher in Grenchen, Belp, Sitten, Lugano oder Altenrhein. Die schnell mit Strom wieder aufgetankte Maschine tritt kurz darauf den Heimflug nach Sarajewo an. Pro Tag liegen so locker 43 000 Personenkilometer drin. 48 Personen hin oder her. Für gleich viel Geld, wie die Swiss heute verlangt. Nur eben viel umweltfreundlicher **(rebrand.ly/bye-aerospace).**

Die in der Schweiz lebenden Menschen aus dem Balkan sind wie viele von uns Menschen mit zwei Herzen, mit zwei Heimatländern. Praktisch alle von ihnen haben sich erfolgreich integriert, und nicht wenige wurden und werden erfolgreiche Unternehmerinnen und Unternehmer. Aber ab und zu haben sie das grosse Reissen, müssen sie heim in ihre alte Welt. Am liebsten schnell, umweltfreundlich und halbwegs günstig.

Das könnte schneller klappen, als wir denken.

¡Ay, Trabajo!

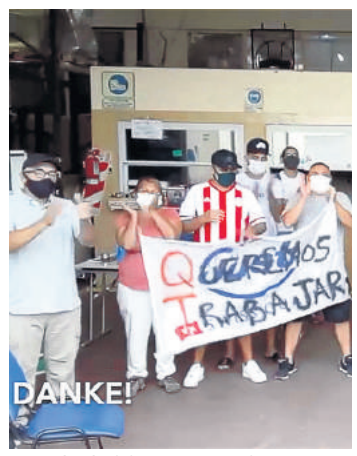
Argentinier übersetzen work ins Spanische

Das Swissjust-Kollektiv in Buenos Aires hat seinen Arbeitskampf gewonnen. Die 52 Arbeiterinnen und Arbeiter, die Kosmetika der Appenzeller Just AG verpacken, werden von einem neuen Logistikunternehmen übernommen. Und zwar zu den bisherigen statt zu schlechteren Bedingungen. Dieser Erfolg kam

Solidarität, die auch die Sprachgrenze locker überwindet.

auch dank Unia-Mitglied Ursina Weiler zustande. Sie meldete den Fall dieser Zeitung, worauf er in der Schweiz publik wurde (nachzulesen hier: **rebrand.ly/justsieg).**

VIDEO. Für diese Intervention bedankten sich die Argentinier letzte Woche in einer rührenden Videobotschaft **(rebrand.ly/gracias-ursina).** Darin Logistiker Mardonio Racedo: «Compañera Ursina, für deine Hilfe möchten wir dir unseren tiefsten Dank aussprechen!



VIDEOBOTSCHAFT: Das Swissjust-Kollektiv bedankt sich bei Ursina Weiler mit Applaus.

UNIA work

Justo: El conflicto laboral en Argentina saca a la luz nuevos agravios

¿No está todo bien en Appenzell también?

Jonas Komposch
1 de abril de 2021

En Buenos Aires, la fuerza laboral muerta de Swissjust pasa a la ofensiva. Ya hay un estruendo en una segunda planta. Y no todos en la sede de Just en Walzenhausen AR tampoco están contentos.

Genauso der Gewerkschaft Unia, die uns die Hand gereicht und unseren Kampf sichtbar gemacht hat.»

Das Sichtbarmachen funktionierte allerdings auch umgekehrt: Das argentinische Kollektiv übersetzte sämtliche work-Artikel zu Just ins Spanische und teilte sie auf Facebook, Instagram und Twitter. work als «trabajo»!

¡Hasta la victoria, siempre!

Das offene Ohr

Nicole Debrunner
von der Unia-Arbeitslosenkasse beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Neuer Job: Hilft die ALK bei der Einarbeitung?

Ich habe Jahrgang 1959 und bin gelernter Mechaniker. Seit mehr als einem Jahr suche eine neue Anstellung. Nun wurde ich nach langer Zeit wieder einmal zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Die Firma hat mir signalisiert, dass sie sehr an einer Zusammenarbeit interessiert sei, dass sie aber befürchte, ich sei nicht mehr auf dem neuesten Stand der Technik. Gibt es seitens der Arbeitslosenversicherung eine spezielle Unterstützung für mich?

NICOLE DEBRUNNER: Ja. Die Versicherung kann sogenannte Einarbeitungszuschüsse für die Einarbeitung von versicherten Personen in einem Betrieb bezahlen. Diese sollen Firmen dazu motivieren, Personen zu beschäftigen, die eine ausserordentliche Einarbeitung benötigen. Die Mitarbeitenden erbringen

STARTHILFE: Einarbeitungszuschüsse haben dauerhafte Eingliederung zum Ziel und verhindern Lohndumping. FOTO: ADOBE STOCK

also (noch) nicht die volle Leistung, und deshalb würde die Firma sie nicht anstellen oder weiterbeschäftigen. Einarbeitungszuschüsse sind auf den Einzelfall zugeschnitten. Sie sollen eine dauerhafte Eingliederung ermöglichen und gleichzeitig Lohndumping verhindern. Einarbeitungszuschüsse decken die Differenz zwischen dem vom Betrieb bezahlten Lohn und dem «normalen Lohn» (maximal CHF 12 350), der nach der Einarbeitung zu erwarten ist.
Da Sie über 50 Jahre alt sind, haben Sie grundsätzlich Anspruch auf 12 Monate Einarbeitungszuschüsse, die höchstens 60 Prozent des normalen Monatslohnes betragen, aber ab dem siebten Monat auf 40 Prozent reduziert werden. Wären Sie jünger als 50 Jahre, würde bereits nach jeweils 2 Monaten eine Abstufung vorgenommen. Für die Zusprechung von Einarbeitungszuschüssen müssen Sie über Ihr Regionales Arbeitsvermittlungsamt (RAV) ein Gesuch einreichen.

Kein Recht auf Taggelder: Hilft mir die ALK trotzdem?

Ich bin zurzeit ohne Arbeit und habe auch nur wenig Berufserfahrung. Leider erfülle ich die Voraussetzungen nicht, um Taggelder der Arbeitslosenversicherung zu beziehen. Bestehen trotzdem Möglichkeiten für arbeitsmarktliche Massnahmen?

NICOLE DEBRUNNER: Ja. Es gibt für Sie folgende Regelung: Innerhalb einer zweijährigen Frist während maximal 260 Tagen bezahlt die Arbeitslosenkasse Auslagen für Kursgelder und Lehrmittel sowie für die Reise zwischen Wohn- und Kursort. Auch besteht Anspruch auf einen Beitrag an die Kosten für Unterkunft und Verpflegung am Kurs- oder Beschäftigungsort. Bewilligt werden diese Leistungen aber nur dann, wenn Sie ohne diese Massnahme schwer eine Arbeit finden und wenn der Kurs Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt erheblich verbessert. Um überprüfen zu können, ob diese Voraussetzungen erfüllt sind, müssen Sie, wie alle anderen Stellensuchenden, als arbeitslos gemeldet sein und die Anweisungen des RAV befolgen. Ferner haben Sie Anspruch auf Betreuung durch das RAV.

Immer weniger Paare heiraten. Was Sie im Konkubinat beachten sollten.

Wenn die Hochzeitsglocken

Glücklich werde man auch ohne Trauschein, finden mittlerweile viele. Aber auch Paare im Konkubinat sollten ein paar Weichen richtig stellen. Vor allem, wenn Kinder kommen.

ZIVILSTAND: IN LIEBE VEREINT. Zusammenleben kommt nicht ohne Regeln aus – auch nicht im Konkubinat. FOTO: GETTY

MARTIN JAKOB

Was ist bloss mit der Ehe los? Kam es 1970 zu 7,6 Heiraten pro 1000 Einwohner, waren es 2019 noch 4,5. Tatsächlich hat der Ehestand einige rechtliche Privilegien und viel von seinem gesellschaftlichen Status eingebüsst. Das Heiraten ist für Paare, die zusammenleben wollen, heute nicht mehr unausweichlich.

Allerdings hat es durchaus praktische Vorzüge. Denn für die Ehe besteht ein Regelwerk, das man bei der Trauung sozusagen «von der Stange» bezieht und das auf viele Fragen fein austarierte Antworten kennt. Insbesondere, was die gegenseitigen Rechte und Pflichten anbelangt, die Vorsorge, das Erbe und natürlich die Prozeduren bei einer Scheidung.

Konkubinatspaare hingegen dürfen und müssen sich mit wichtigen Fragen befassen. Das beginnt mit praktischen Problemen beim Zusammenziehen: Wer unterschreibt den Mietvertrag für die Wohnung? Wer bezahlt wie viel an die gemeinsame Lebensführung? Wem gehört was, und wer erhält was, wenn wir uns trennen? Darüber hinaus sind aber vor allem zwei Knackpunkte zu lösen, die es in sich haben: die Vorsorge und, wenn Kinder geplant sind, ihre Betreuung und ihr Unterhalt.

VORSORGE REGELN

Solange ein Paar ohne gemeinsame Kinder zusammenlebt, ist vor allem die gegenseitige Absicherung für Todesfall und Alter wichtig. Beide bezahlen auf eigene Rechnung auf ihre Konti bei AHV und Pensionskasse ein. Beide erwerben sich damit ihren eigenen Rentenanspruch in beiden Säulen der Vorsorge. Das kann bei der AHV im Alter sogar von Vorteil sein (siehe Text rechts zur «Heiratsstrafe»).

Nachteilig hingegen: Im Todesfall erhält der überlebende Partner von der AHV keine Witwen- oder Witwerrente. Und von der Pensionskasse nur dann, wenn ihr Reglement die Begünstigung von Konkubinatspartnern erlaubt, das Konkubinat der Kasse schriftlich gemeldet worden ist und die Lebensgemeinschaft mindestens fünf Jahre gedauert hat. Beide Partner sollten das Konkubinat deshalb bei ihrer Pensionskasse frühzeitig anmelden – auch wenn die Fünfjahresfrist noch nicht erreicht ist.

Nur Nachteile hat das Konkubinat im Erbfall. Zwar können sich die Partner gegenseitig im Testament begünstigen, die Pflichtteile von leiblichen Kindern oder noch lebenden Eltern bleiben aber bestehen. Je nachdem machen diese Pflichtteile die Hälfte oder mehr des Nachlasses aus. Sollen sie wegfallen, müssen die rechtlichen Erben in einem Erbvertrag ihre Zustimmung geben. Und: Erbt eine Partnerin von ihrem Konkubinatspartner, wird das Erbe massiv besteuert, da erbrechtlich keine Verwandtschaft besteht.

GEMEINSAME KINDER

Bei der Geburt eines Kindes steht bei unverheirateten Frauen von Gesetzes wegen zunächst nur fest, wer seine Mutter ist. Der Vater muss seine Vaterschaft beim Zivilstandsamt anerkennen. Wollen

Im Erbfall kommen hinterbliebene Partner schlecht weg.

Mutter und Vater die elterliche Sorge gemeinsam ausüben, müssen sie beim Zivilstandsamt oder bei der Kinderschutzbehörde (Kesb) eine schriftliche Erklärung abgeben. Darin versichern sie, dass sie gemeinsam die Verantwortung für das Kind (und für weitere gemeinsame Kinder) tragen werden und dass sie sich einig sind, wie sie die Kosten und die Betreuungszeit untereinander aufteilen. Verbindlich festgehalten werden die Beiträge der beiden Partner zur Betreuung und zum finanziellen Unterhalt des Kindes aber erst mit einem von der Kesb genehmigten Unterhaltsvertrag. Dieser Vertrag regelt zudem, wer bei einer Trennung die Obhut über die Kinder behält und welche Unterhaltsbeiträge sich daraus ergeben. Der Vertrag ist nicht obligatorisch und mag auf den ersten Blick als schikanös erscheinen: «Dann hätten wir ja gleich heiraten können!» Aber er dient im Trennungsfall nicht nur dem Wohl des Kindes, er sichert auch jenem Partner, der nach der Trennung die Kinderbetreuung übernimmt, den finanziellen Spielraum, um dieser Aufgabe nachzukommen.

Sind Kinder zu betreuen, kommt ein weiterer Punkt ins Spiel: Jenem Elternteil, der diese Aufgabe zur Hauptsache wahrnimmt – meistens ist das immer noch die Frau –, drohen gewichtige Nachteile in der Vorsorge. Zwar schafft die AHV mit den Erziehungsgutschriften für betreu-

WORKTIPP

DIE HALBE SACHE GANZ MACHEN

Gleichgeschlechtliche Paare können sich seit 2007 das Jawort zur eingetragenen Partnerschaft geben und sind dann in vielen Belangen den heterosexuellen Ehepaaren gleichgestellt. Aber nicht in allen. Etwa bei der Einbürgerung, beim Zugang zu Samenbanken, bei der Adoption oder beim Anspruch auf Witwenrente. Das Schweizer Parlament hat deshalb entschieden, die Ehe für alle einzuführen und damit in wichtigen Punkten den gleichen Rechtsstand für alle Paare, die heiraten. Nachdem vor einem Monat das Referendum gegen die Ehe für alle eingereicht worden ist, kommt es voraussichtlich noch dieses Jahr zur Volksabstimmung.
www.ehefueralle.ch

HEY, BOSS, ICH BRAUCH DAS GELD: Bei Lohnverzug gilt es entschieden aufzutreten. FOTO: ADOBE STOCK

Wenn Ihnen die Firma den Lohn

Hier ist Geduld die

Wer gearbeitet hat, hat auch das Recht auf pünktlich eintreffenden Lohn. So einfach ist das. Kann aber kompliziert werden, wenn die Firma nicht zahlt.

MARTIN JAKOB

Mal hat ein Grosskunde nicht wie vereinbart bezahlt. Mal waren grad ein paar andere Rechnungen fällig. «Aber das Geld kommt dann schon», sagt der Chef, «Sie haben Ihren Lohn bis jetzt auch immer erhalten!» Und dann verspricht er Ihnen die Überweisung «in den nächsten Tagen – beim Leben meiner Grossmutter!» Aber lebt die überhaupt noch?

Das Datum der Lohnzahlung steht je nachdem im Einzelvertrag, in einem Normalarbeitsvertrag oder im GAV und ist für die Arbeitgeber verbindlich. Von Gesetzes wegen muss der Lohn in jedem Fall spätestens am letzten Tag des Monats auf dem Lohnkonto eintreffen. Schon ab dem ersten Tag des Folgemonats ist die Firma in Verzug, und Sie können – und müssen – aktiv werden. Das sind die Massnahmen, die Ihnen jetzt offenstehen:

PHASE 1. (Nur wenn der Zahlungsverzug zum ersten Mal eintritt und das Arbeitsverhältnis gut ist.) Erkundigen Sie sich beim Lohnbüro und allenfalls bei Ihrer Bank, ob die Zahlung vielleicht aus technischen Gründen nicht rechtzeitig bei Ihnen verbucht und angezeigt worden ist. Klärt sich die Sache nicht sofort und vollständig auf, folgt Phase 2. Falls nur eine

schweigen

ende Eltern einen gewissen Ausgleich in der Rentenberechnung der ersten Säule. Die zweite Säule dagegen berücksichtigt einzig das Lohneinkommen. Haushalts- und jener Elternteil, der Haushalt und Kinder betreute, in der Vorsorge massiv benachteiligt. Dieser «Betreuungsnachteil» sollte ausgeglichen werden, indem der Elternteil, der seine Erwerbstätigkeit wegen der Kinder stärker reduziert oder ganz aufgibt, mit einem Vorsorgeausgleich entschädigt wird. Damit lässt sich ein Einkauf in die Pensionskasse oder eine Lebensversicherung finanzieren.

Wer die Kinder betreut, sollte sich einen Vorsorgeausgleich sichern.

Erziehungsarbeit tragen dort also nichts zur Vorsorge bei. Kommt es bei einem Ehepaar zur Scheidung, werden immerhin die in den Ehejahren angesammelten AHV-Gutschriften und Pensionskassenguthaben zwischen beiden Partnern hälftig aufgeteilt. Trennen sich aber zwei Konkubinatspartner, ist

Am besten wird der Vorsorgeausgleich vertraglich festgehalten. Ein gutes Beispiel für einen fairen Konkubinatsvertrag, der neben anderen rechtlichen und finanziellen Themen auch diesen Punkt berücksichtigt, finden Sie hier: **rebrand.ly/konkubinatsvertrag.**

HEIRATSSTRAFE

«NO GO» FÜR DIE EHE?

Ehen werden im Himmel geschlossen, aber auf Erden besteuert. Und mit dem Schlagwort «Steuern» verbindet sich sofort jenes der «Heiratsstrafe», die auf der Politbühne immer wieder für erregte Debatten sorgt. Gemeint ist damit, dass verheiratete Paare gemeinsam eine höhere Steuerlast tragen müssen als Konkubinatspaare, die separat besteuert werden. Nun trifft das zwar zu, aber hauptsächlich für Ehepaare, von denen beide Partner überdurchschnittlich gut verdienen. Je geringer das gemeinsam erzielte Einkommen und je grösser die Differenz zwischen den einzelnen Einkommen beider Partner, desto geringer auch die Heiratsstrafe – je nach Wohnkanton resultiert statt einer Strafe sogar ein Bonus.

RENTENVORTEIL. Der zweite Aspekt der Heiratsstrafe betrifft die Altersrenten der AHV. Erreichen beide Ehepartner das Rentenalter, betragen ihre Renten zusammengezählt höchstens das Anderthalbfache der maximalen Einpersonenrente, also derzeit höchstens 3585 Franken. Konkubinatspaare dagegen erhalten im Alter, wenn beide Anrecht auf die maximale Rente haben, je 2390 Franken. Macht einen Unterschied von 1195 Franken. Dafür sind Ehepaare bessergestellt, wenn einer der Partner stirbt: Bis zum Rentenalter zahlt die AHV je nach Ehedauer und Alter der Kinder Witwen- und Witwerrenten, im Rentenalter dann immerhin für Witwen mit tiefen Einzelrenten noch einen Verwitwetenzuschlag. Hinterbliebene Partner im Konkubinat gehen hingegen leer aus.

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

LÖSCHEN, BITTE. Ist das Kurzzeitgedächtnis des Browsers mit Daten zugemüllt, neigt er zu Anzeigefehlern und langen Ladezeiten. FOTO: DEPOSITPHOTOS

Wenn der Browser spinnt: Leeren Sie den Cache!

Manchmal scheint das Internet verrückt zu spielen: Eine Website lädt nur zur Hälfte. Eine News-Seite zeigt nur alte Nachrichten an. Das Laden einer Seite dauert ewig. All diese Fehler können mit dem Cache des Internetbrowsers zusammenhängen. Der Cache bezeichnet einen speziellen Speicher, nämlich das Kurzzeitgedächtnis des Browsers. Darin werden zum Beispiel Bilder oder Texte einer Website gespeichert. Rufen Sie die Seite ein weiteres Mal auf, muss der Browser diese Elemente nicht neu aus dem Internet laden. Der Nutzen: Websites, die Sie öfter aufrufen, werden schneller geladen.

Ist der Cache überfüllt, können Fehler auftauchen.

Ist der Cache jedoch mit Dateien überfüllt, können Fehler auftauchen. Darum sollten Sie ihn alle paar Wochen löschen. Und so geht's:

Firefox: Klicken Sie rechts oben auf die drei horizontalen Striche. Gehen Sie unter «Bibliothek» auf «Chronik» und dort auf «neueste Chronik löschen». Machen Sie hier ein Häkchen bei «Cache», stellen Sie oben im Fenster «Alles» ein und klicken Sie OK.

Chrome: Klicken Sie rechts auf die drei Punkte. Gehen Sie dann unter «Weitere Tools» auf «Browserdaten löschen». Wählen Sie hier «Bilder und Dateien im Cache» an und wählen Sie beim Zeitraum «Gesamte Zeit». Dann klicken Sie «Daten löschen».

Safari: Drücken Sie die Tastenkombination Strg + Alt + E (PC) oder cmd + alt + E (Mac). MARC MAIR-NOACK

schuldig bleibt

falsche Tugend

reduzierte oder Teilzahlung erfolgt, ist das nicht akzeptabel, und Sie müssen ebenfalls zu Phase 2 weitergehen.

PHASE 2. In einer ersten schriftlichen Mahnung verlangen Sie die Lohnzahlung innert kurzer Frist (3 bis 5 Tage). In einer zweiten Mahnung wiederholen Sie

Auch wenn Sie die Arbeit niederlegen, schuldet die Firma weiterhin den Lohn.

Ihre Forderung, nennen die genaue Summe plus Verzugszins von 5 Prozent, setzen nochmals eine kurze Frist (3 bis 5 Tage) und teilen mit, dass Sie sich bei Nichtbezahlung rechtliche Schritte vorbehalten oder die Arbeit niederlegen. Versenden Sie alles immer per Einschreiben und bewahren Sie Kopien und Quittung auf.

PHASE 3. Die weiteren Schritte sind heikler – und bürokratischer: Eine Betreibung ist ebenso möglich wie ein Schlichtungsgesuch, das je nach Ausgang der Schlichtung in eine Forderungsklage mündet. Ausserdem haben Sie nach Ihrer schriftlichen Ankündigung das Recht, die Arbeit zu verweigern. Ihr Arbeitgeber schuldet trotzdem noch den Lohn. Aber: Gerät die Firma schliesslich in Konkurs, haben Sie nur im Umfang tatsächlich geleisteter Arbeit Anspruch auf Insolvenzentschädigung (siehe Artikel rechts).

Auch eine fristlose Kündigung von Ihrer Seite ist möglich. Da jedoch im Einzelfall genau geklärt werden muss, ob sie schon gerechtfertigt ist, sollten Sie sich vorgängig beraten lassen.

Wie schnell und mit welchen Mitteln in welcher Reihenfolge nun vorzugehen ist, hängt stark vom jeweiligen Fall ab: von der finanziellen Lage der Firma, von der Frage, ob Sie in einem ungekündigten oder bereits gekündigten Arbeitsverhältnis stehen, ob Sie im Sinne einer persönlichen Schikane alleine betroffen sind oder ob auch Ihre Kolleginnen und Kollegen auf die Lohnzahlung warten.

Ihr Unia-Regionalsekretariat ist Ihnen dabei behilflich, die richtigen Massnahmen zur richtigen Zeit einzuleiten – lassen Sie sich beraten!

FIRMA PLEITE

DIE ALV HILFT

Fällt eine Firma in Konkurs, stehen Sie möglicherweise von einem Tag auf den anderen auf der Strasse. Melden Sie sich sofort bei Ihrer Arbeitslosenkasse an. Sie erhalten Taggelder – auch wenn Ihr Arbeitsvertrag noch weiterläuft. Für Lohnforderungen von maximal vier Monaten aus der Zeit vor dem Konkurs richtet Ihnen die ALV eine Insolvenzentschädigung aus. Sie entspricht der vollen Höhe des entgangenen Lohns, abzüglich Sozialversicherungsbeiträgen. Dies aber nur wenn, Sie alles getan haben, um den Lohn von Ihrem Arbeitgeber zu erhalten, sei dies über Betreibung oder Klage.

Nebenkosten Ihrer Mietwohnung

Böse Überraschung

Erst kommt die Nebenkostenabrechnung sehr spät, und dann wird auch noch eine happige Nachzahlung fällig. Müssen Sie sich das gefallen lassen?

Zwar gilt die Regel, dass die Abrechnung innerhalb von sechs Monaten nach dem Ende einer Abrechnungsperiode zugestellt werden sollte. Aber Gesetz ist das nicht. Der Mieterinnen- und Mieterverband schlägt vor, bei der Schlichtungsbehörde Klage einzureichen oder die Akontozahlungen zurückzufordern: Die Praxis zeige, dass dies die Dinge beschleunige.

MASSIV MEHR. Besonders ärgerlich: eine hohe Nachforderung. Nur hat das Bundesgericht entschieden, dass Nebenkosten in nachgewiesener Höhe abgerechnet werden dürfen, auch wenn sie den Akontobetrag um das Doppelte oder mehr übersteigen. Was Sie tun können: Prüfen Sie die Abrechnung. Enthält sie Positionen, die im Mietvertrag nicht genannt oder gar nicht zulässig sind (Merkblatt: **rebrand.ly/zulaessig)?** Sie dürfen Ihnen nicht belastet werden. Gibt es Positionen mit grossen Differenzen zum Vorjahr? Sie können Einsicht in die Belege verlangen. Oft setzt die Vermieterin dazu eine Frist von 30 Tagen. Die gilt vor dem Gesetz aber nicht, Sie können auch später noch Einsicht verlangen und die Abrechnung anfechten – zunächst bei der Vermieterin, danach, wenn diese kein Gehör hat, vor der Schlichtungsbehörde. (jk)

workrätsel Gewinnen Sie 200 Franken in Reka-Checks!

Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 7
Das Lösungswort lautete: MIGRANTINNEN

		N			W	P				Z		R											
S	T	E	I	L		A	A		B	I	D	E	N	O	M	I	C	S					
	A	U		E		S	C	H	O	N	E	N		L		N	U	T					
	S	E	R	V	I	C	E		X		K		P	L	A	T	T	E					
E	S	S	A	Y		H		G	E	H	O	E	F	T		E		G					
			D		K	E	L	L	N	E	R		I		I	R	R	E					
	A	M	A	Z	O	N		O		N		P	F	A	N	N	E						
O	B	E	R		P		O	B	E	N	A	U	F		K		I	D					
		D		A	I	R	L	I	N	E		T		S	A	L	S	A					
	M	I	L	K	E		D		N		S	T	U	P	S		S						
A	U	A		R		L	I	B	E	R	T	E		O		W	E	H					
	E		C	O	D	I	E	R	T		E		O	N	L	I	N	E					
	T	R	A	B		E		A		T	I	M	E	S		E		U					
	Z		S	A	R	D	I	N	I	E	N		R	O	T	S	E	E					
R	E	C	H	T	E		C	D		R	E	S	E	R	V	O	I	R					

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Werner Kunz, Lüterswil SO. Herzlichen Glückwunsch!

Entnahme von Körperproben			Zauberei	Grafikdateiformat	Schriftsteller			schweiz. Maler † 1940 (Paul)	Informationssammlung	schweiz. Sozialversicherung	jp. Ureinwohner Mz.		Abk.: Eidg. Zollverwaltung		Menge zw. 2 Fingern	Zusammenbruch (engl.)	3. Person von haben (Präs.)	Doppelkonsonant
Modul, Element	▶							Arbeitsministerin Spaniens (Yolanda)	▶				Streiken ist ein …	▶				
Autokz. Kanton Sankt Gallen	▶		Arbeitsfreude, emsiges Streben		Hafenstadt in Israel (2 W.)	▶							zum Ritter schlagen		Empfehlung, Hinweis	▶	1	
Bereich d. Weltmeeres	▶					4		Aktie (engl.)		karge Landschaftsform		Bewohner e. Erdteils	▶					oberster Punkt am Himmel
	2				Barkeeper		Teil der Minute	▶							Volksgruppen in Kanada		Lederflicken (Schuh)	
sagenhafter Riesenvogel		poet.: Pferde		Vorn. v. Gnädinger †	▶	10						grosse Streichinstrumente		besitzanzeig. Fürwort	▶	9		
Debakelbank; … Suisse	▶						Berg bei Bad Ragaz 2844m		planieren, glätten		schott. Stammesverband	▶				Präposition	▶	
				Vorname v. Thurnheer		Geräte zum Entsaften	▶		▼				7	schweiz. Fussballer (Remo)		Keimzelle	▶	
Gruppe von Sängern	Nordstaat der USA		gern gesehen, populär	▶					3		Verband von Schiffen		oberste Dachkante	▶				
Herbstblume	▶			8		Teil d. Bettzeugs		alkohol. Hopfengetränke		Liebelei, Romanze	▶			12		schweiz. Urheberrechtsgesell.		Jugendliche (engl.)
			Eidg. Departement		schweiz. Autor (Rolf)	▶							Computerdatei (engl.)		zusammengehörende Teile	▶	11	
span. Ausruf		weibl. Nachkomme	▶					5		Mutterschwein		Strike for …	▶					
ölhaltige Nutzpflanze	▶				EG-Nachfolgerin		eingeschaltet		stark abfallend	▶	6				kurz für: an dem		sächl. Fürwort	
Hügel am Meerufer		Aus dem Proletariat wird das …	▶									miet-kaufen	▶					
									verschwenderische Fülle	▶								

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 14. Mai 2021

INSERAT

WORKLESERFOTO

Der Inbegriff des Frühlings

WANN 14. April 2021
WO Vitznau LU
WAS Am Vierwaldstättersee
Eingesandt von Gabriele Keckeisen, Zürich

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

workquiz

Wie gut sind Sie?

1. 50 Jahre E-Mail I:
Was heisst E-Mail auf deutsch?
a) Eklektischer Brief?
b) Elektrischer Brief?
c) Elektronischer Brief?
d) Elektorischer Brief?

2. 50 Jahre E-Mail II:
Wie heisst das @ auf deutsch?
a) Affenschwanz?
b) Pferdefuss?
c) Bärentatze?
d) Säbelzahn?

3. 50 Jahre E-Mail III:
Welche Abkürzung ist im Mail-Verkehr nicht gebräuchlich?
a) Fwd?
b) Cc?
c) Bcc?
d) AHV?

4. 50 Jahre E-Mail IV:
Wann wurde das erste Mail verschickt?
a) 1291?
b) 1971?
c) 1981?
d) 1991?

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1c; 2a; 3d; 4b

WORKPOST

12 workdossier 23. April 2021

23. April 2021 workdossier 13

Wozu braucht es noch Netflix-Serien? Die Credit Suisse liefert besseren Stoff.

Mit Caracho ins nächste Desaster

Wahnwitzige Geschäfte mit irren Finanzjongleuren, Milliardenverluste, Köpfrollen: Ist der neueste Credit-Suisse-Krimi das Startsignal zur nächsten Finanzkrise?

Bundesrat will Postfinance privatisieren

Erfüllt Sommaruga einen alten neoliberalen Traum?

Der Bundesrat will die Postfinance dem Finanzcasino zuführen. Hat er aus dem PTT-Fiasko denn nichts gelernt?

Wir brauchen eine zuckerfreie Postbank für alle.

Archegos-Gründer Hwang hat schon einmal einen Fonds in den Sand gesetzt.

Stiftungsräte: Augen auf!

WORK 7 / 23.4.2021:
KUBA-BOYKOTT WIRD IMMER IRRER

Bank Cler muss Boykott lockern

work ist in der Deutschschweiz die einzige Zeitung, die in Abständen über den irren Kuba-Boykott schreibt, im Gegensatz zur WOZ. Ein Kompliment! Nun habe ich als Gewerkschaftsmitglied meinen diesjährigen Beitrag über die Bank Cler bezahlen müssen! Im kommenden Jahr werde ich das nicht mehr über diese Bank tun, denn die Unia muss sich überlegen, ihren Zahlungsverkehr mit dieser Bank einzustellen und über eine andere Bank laufen zu lassen.
Die Gewerkschaften müssen sich unbedingt von dieser Bank trennen oder so verhandeln, dass ein Kuba-Boykott nicht mehr möglich ist. Wenn sich oben nichts rührt, muss man unten rütteln.

STEPHAN NIKLAUS, BASEL

WORK 7 / 23.4.2021:
DPD: «BITTE RESPEKT, HERR SCHULTZE!»

Nichts mehr bei DPD & Co. bestellen!

Ganz einfach: DPD und DHL nicht mehr berücksichtigen und nichts mehr bei Unternehmen bestellen, die mit DPD und DHL zusammenarbeiten.

BEAT HALDIMANN, VIA FACEBOOK

Der echte Preis der Versandkosten

Alle, die ihre Päckli ohne Versandkosten bestellen, sollten diese nur erhalten wenn sie sich damit einverstanden erklären, dass sie die Paketboten und Mitarbeitenden in den Verteil- und Rüstcentern ausbeuten!

CHRISTIAN VON ANLIKER, VIA FACEBOOK

WORK 7 / 23.4.2021:
MIT CARACHO INS NÄCHSTE DESASTER

Gefährliche Atom-Investitionen

Die Credit Suisse hat ihre Risiken nicht in Griff. Der Verlust wächst auf fünf Milliarden. Deshalb klärt die Finanzaufsicht (Finma) nun ab, ob die Credit Suisse gegen aufsichtsrechtliche Vorgaben verstossen hat. Die Finma hatte offenbar schon früher erfolglos die Credit Suisse vor den Risiken beim Hedge-Fund Archegos und Greensill gewarnt. Neu dazugekommen ist jetzt noch eine Untersuchung der Finma auf Mängel im Risikomanagement.
Die Finma, aber auch der Bundesrat müssten die Credit Suisse, die UBS, die Nationalbank, Versicherungen und Pensionskassen warnen vor ihren ungeheuerlichen Geldanlagen in die Atomwaffenindustrie. Solche irren Investitionen müssten gestoppt werden, wie es das Kriegsmaterialgesetz ja festlegt: Die direkte und indirekte Finanzierung der Entwicklung, der Herstellung oder des Erwerbs von verbotenem Kriegsmaterial ist verboten, und das sind auch Atomwaffen (Bundesgesetz über das Kriegsmaterial). Ein Atomkrieg ist nicht führbar. Schon die Explosion von 100 Atombomben hätte einen nuklearen Winter zur Folge, dem weltweite Hungersnöte folgen würden. Unterzeichnet der Bundesrat das Atomwaffenverbotsabkommen nicht, weil er die wahnwitzigen Investitionen in die Atomwaffenindustrie schützen will?
Bekannt ist dank Recherchen von ICAN, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, dass im Jahr 2019 schweizerische Geldhäuser für 8,983 Milliarden US-Dollar in Konzerne investierten, die Atomwaffen herstellen. Die Schweizerische Nationalbank hat von Januar 2017 bis Januar 2019 1314,2 Millionen US-Dollar in Firmen der Kernwaffenindustrie angelegt. Die Credit Suisse hat im gleichen Zeitraum 1312,9 Millionen US-Dollar auch in solche Betriebe gesteckt. Die UBS investierte in der gleichen Periode sogar 6315 Millionen US-Dollar in Unternehmen, die an der Herstellung von nuklearen Sprengkörpern beteiligt sind.

HEINRICH FREI, ZÜRICH

WORK 7 / 23.4.2021:
SUPERREICHE SOLLEN ZAHLEN

Geldadel zerstört Wohlstand

Wünschenswert, aber utopisch. Weder eine gerechte Vermögenssteuer noch eine Erbschaftssteuer haben eine Chance an der Urne. Die Kreise, die es betreffen würde, drohen mit Wegzug, und der Wahllemming dreht vor der Urne um und wirft seine Zustimmung in den Papierkorb. Einige schwafeln auch von Neid. Was für eine erbärmliche Ausrede! Die Geldmittel sind definitiv nicht gerecht verteilt! Wir hatten in der Schweiz eine Zeitlang ein gutes System, an dem viele statt wenige profitiert haben. Dies hat unseren Wohlstand gesichert.
Seit rund 40 Jahren wird dieses Gleichgewicht nach und nach durch die Gier des Geldadels zerstört.

BARNEY RUMBLE, VIA FACEBOOK

Riesige Sauerei und gschämig

Nicht nur irgendein armer Cheib muss die Rechnung bezahlen. Alle, die es immer noch billiger wollen und kaufen, beissen sich in den eigenen Schwanz! Das kommt alles wieder auf einen zurück irgendwann. Das, was gerade bei DPD und anderen Zustellern abgeht, ist eine riesige Sauerei und Ausbeutung. Dass so etwas geduldet wird, ist einfach gschämig.

ARMIN MEISE, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an
redaktion@workzeitung.ch oder an
work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Weltpoststrasse 20, 3000 Bern

YUMIKO EGLOFF

RHYTHMUS IM BLUT

Ein Leben ohne Musik: unvorstellbar! Früher hat Yumiko Egloff als DJane in Clubs und Frauenräumen aufgelegt. Zusammen mit zwei Freundinnen war sie nächtelang in Bern und Zürich unterwegs. Diese wilden Zeiten sind etwas vorbei. «Mit dem Alter erhält der Schlaf einen höheren Stellenwert.» Doch noch immer ist Musik eine ständige Begleiterin. Kaum fährt sie im Auto los, schaltet sie die Anlage an. Für das Gemeinschaftsatelier hat sie eine Küchenzeile auf Rädern erstellt. Diese lässt sich in eine Bar oder in ein DJ-Pult umfunktionieren.

KLANGWELT. Ihre musikalische Heimat ist der Hip-Hop. Ihr Herz schlägt für den Sprechgesang. Und zwar seit ihrer Jugend. Doch mittlerweile hat Yumiko Egloff ihr Repertoire erweitert. Sie hört alles von Blues über Jazz bis hin zu Volksmusik – sei es aus der Schweiz, der Mongolei oder Japan. «Ich finde in fast allen Klängen etwas Schönes», sagt die 40jährige. Das einzige, was für sie nicht geht, ist Latin. Bei Juanes, Enrique Inglesias & Co. schaltet sie ab.

Yumiko Egloff stellt Möbel her. Sie sucht dabei im Makel die Perfektion.

«Bäume sind in ihrem Innern so vielfältig wie die Menschen»

Ihr Name ist Programm: Yumiko Egloff – auf japanisch die Schöne – schreinert Möbel mit viel Liebe zum Detail. Das bringt Ruhm und Ehre. Aber kein volles Portemonnaie.

SARAH FORRER | FOTOS MICHAEL SCHOCH

Yumiko Egloff reibt sich die müden Augen. Sie sitzt auf einem Stuhl in ihrem Atelier in Adliswil bei Zürich. Auf der Herdplatte hinter ihr zischt der Kaffeekocher. Sie steht auf, nimmt zwei Tassen aus dem Schrank und schenkt die wachmachende Brühe ein. Das hat die Schreinerin nötig: Es sind lange Tage für die 40jährige. Am Abend arbeitet sie bis spät, manchmal bis Mitternacht. Am Morgen ist sie vor Tagesanbruch wieder in ihrer Schreinerei. Skizziert. Sägt. Bohrt. Leimt. «Corona sorgt bei mir für volle Auftragsbücher.» Die Leute geben weniger Geld für Ausgang, Ferien und Freizeit aus. Sie sind mehr zu Hause und wollen ein gemütliches Nest. Ein neues Bett, einen massiven Holztisch, ein Regal für die Plattensammlung. Dann melden sie sich bei der selbständigen Möbelschreinerin.

Yumiko – auf japanisch die Schöne – hat starke Schultern, praktische Hände und ein kreatives Hirn. Das war schon als Kind so. Aufgewachsen mit ihrer japanischen Mutter und ihrem Schweizer Vater im Zürcher Oberland, zimmerte sie lieber, als dass sie nähte. Als einziges Mädchen in der Klasse besuchte sie den Werkunterricht. Nach dem gestalterischen Vorkurs in Zürich studierte sie in Luzern Grafik und tauchte danach in die Agenturwelt ein. Doch die Arbeit erfüllte sie nicht. Zu wenig Selbstbestimmung. Zu eintönig. Zu kurzlebig. Egloff sagt: «Das ständige Sitzen vor dem Computer laugte mich aus.» Mit 26 hatte sie genug. Sie sattelte um und liess sich zur Schreinerin ausbilden. Vor acht Jahren wagte sie den Sprung in die Selbständigkeit. Im alten Webereigebäude in Adliswil hat sie neben ihrer Schreinerei ein Atelier, das sie sich mit sechs Frauen, einige davon enge Freundinnen, teilt.

FRAUENFRAGE. In Yumiko Egloffs Umfeld ist Gleichstellung ein wichtiges Thema, über das oft und hitzig diskutiert wird. Als Frau Schreinerin? Cool! Das sind die üblichen Reaktionen. Doch kaum entfernt sie sich aus ihrem Kosmos, stolpert sie immer wieder über Geschlechterklischees. Sei es, wenn sie mit ihrem Lieferwagen Holz abholt – eine Frau am Steuer – Achtung! Wenn sie allein in ihrer Werkstatt arbeitet, ein potentieller Kunde reinkommt und nach dem Chef fragt. Oder Männer ihr die Holzplatten abnehmen. Mit der Begründung: Das könne eine Frau doch nicht tragen. «Als Frau muss man sich in diesem Beruf immer behaupten», sagt Egloff. Manchmal kontert sie mit einem treffenden Spruch. Oft ignoriert sie die versteckten oder gar offensichtlichen Beleidigungen und steckt die Energie lieber in die Arbeit.

In dieser geht sie auf. Diese füllt sie aus. Das ist Hobby und Berufung in einem. Ihre Leidenschaft zahlt sich aus. Vor drei Jahren hat sie zusammen mit dem Architekten Thomas Meyer den begehrten Prix Lignum gewonnen. Dieser zeichnet die besten Holzarbeiten in der Schweiz aus. Das Duo hat einen Tisch entwickelt. Eine Hommage an den Dreirundtisch des Schweizer Künstlers Max Bill – und an das gesellige Beisammensein. Alles von Hand. Ohne Metall. Ohne Schrauben. Pures Holz. «Da stecken unzählige Arbeitsstunden drin.» Finanziell hat sich das Projekt nicht gerechnet. Aber das war auch nicht das oberste Ziel. Der Austausch und das gelungene Endergebnis stehen im Vordergrund. Yumiko Egloff: «Ich bin nicht gewinnorientiert. Das wird mir am Ende des Monats immer wieder bewusst.»

HOLZFRAGE. In Phasen, wo viel läuft – wie jetzt – und sie Freischaffende beschäftigt, zahlt sie einen fairen Lohn. Meist auf Kosten ihres eigenen Budgets. Und wenn ihr die Idee einer Kundin nicht gefällt, dann grübelt sie lieber einige Stunden unentgeltlich an einem besseren Vorschlag, als dass sie etwas schreinert, das nicht zu ihrem Stil passt. Dieser ist stark von ihren japanischen Wurzeln geprägt. Ihr gefallen Möbel, denen man die Arbeit nicht auf den ersten Blick ansieht. Dafür auf den zweiten umso mehr.

Das färbt auf die Holzwahl ab. Lieber greift sie zur ruhigen, unaufgeregten Weisstanne als zum pompösen Nussbaum. Doch egal, welchen Stamm sie bestellt: die Lieferung ist auch nach jahrelanger Erfahrung immer wieder eine Überraschung. Manche Bretter haben Äste. Andere Risse, Verfärbungen oder Verletzungen. Und manchmal macht der Makel am Ende das Unikat aus. Yumiko Egloff umschreibt es so: «Bäume sind in ihrem Innern so vielfältig wie Menschen. Das macht die Arbeit so spannend!»

SAUBERE KANTE: Schreinerin Yumiko Egloff fertigt aus Brettern einzigartige Möbel, die sie selbst entwirft.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (Stv. Chefredaktorin, Produzentin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Jonas Komposch, jonaskomposch@workzeitung.ch; Johannes Supe, johannessupe@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Sarah Forrer, Martin Jakob, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Mirka Grossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 74 963 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.